



Verordnung über die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern

Personalvorsorgeverordnung; PVV
vom 1. Dezember 2017 (Stand 1. Januar 2020)

Verordnung über die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (Personalvorsorgeverordnung; PVV)

Die Verwaltungskommission der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern,

gestützt auf

- Artikel 51a des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982¹ über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (SR 831.40; BVG)
- Artikel 3 Absatz 3 Buchstabe a des Reglements über die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern vom 11. Mai 2017 (Personalvorsorgereglement; PVR; SSSB 153.21)

beschliesst:

1. Titel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Zweck

¹ Diese Verordnung regelt die Leistungen und die Durchführung der beruflichen Vorsorge soweit diese nicht durch das Reglement vom 11. Mai 2017² über die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern (Personalvorsorgereglement; PVR) abschliessend festgelegt wurden.

² Die zwingenden Bestimmungen des Bundesrechts gehen dieser Verordnung vor. Die übrigen bundesrechtlichen Bestimmungen werden angewendet, soweit das PVR oder diese Verordnung keine eigenen Vorschriften enthalten.

Art. 2 Beginn und Ende der Versicherung

¹ Die Versicherung beginnt an dem Tag, an dem Mitarbeitende aufgrund ihrer Anstellung die Arbeit antreten oder hätten antreten sollen, frühestens jedoch am 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahrs und zum Zeitpunkt, an dem der massgebende Jahreslohn die Eintrittsschwelle nach BVG³ überschreitet.

² Wird ein befristetes Arbeitsverhältnis über die Dauer von drei Monaten hinaus verlängert, beginnt die Versicherung in dem Zeitpunkt, in dem die Verlängerung vereinbart wurde. Werden mehrere aufeinander folgende befristete Anstellungen bei der gleichen Arbeitgeberin begründet, die insgesamt länger als drei Monate dauern, beginnt die Versicherung ab dem vierten Arbeitsmonat, sofern keiner der Unterbrüche zwischen den Arbeitsverträgen länger als drei Monate dauert.

³ Bis zum 31. Dezember nach Vollendung des 22. Altersjahrs sind die versicherten Mitarbeitenden gegen die Risiken Invalidität und Tod versichert. Ab 1. Januar des Folgejahres sind auch die Altersleistungen versichert.

¹ Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge; BVG; SR 831.40

² SSSB 153.21

³ SR 831.40

PVV

⁴ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR¹ kann der Beginn des Alterssparens innerhalb der Möglichkeiten des BVG² festgelegt werden.

⁵ Die Versicherung endet, wenn das Arbeitsverhältnis aufgelöst wird oder die Voraussetzungen für die Versicherung nicht mehr erfüllt sind.

⁶ Für die Risiken Invalidität und Tod bleiben versicherte Personen während eines Monats nach Beendigung ihres Vorsorgeverhältnisses bei der PVK versichert, sofern sie nicht vorher ein neues Vorsorgeverhältnis gemäss BVG³ begründet haben.

Art. 3 Auskunfts- und Mitwirkungspflichten

¹ Wer bei der PVK versichert ist oder Leistungen bezieht oder beantragt, hat bei der Durchführung der beruflichen Vorsorge unentgeltlich mitzuwirken und die PVK über alle für die Versicherung massgebenden Verhältnisse zu informieren.

² In die PVK eintretende Personen haben insbesondere dafür zu sorgen, dass

- a. die Austrittsleistung der bisherigen Vorsorgeeinrichtung oder die Vorsorgekapitalien der bisherigen Freizügigkeitseinrichtungen an die PVK überwiesen werden;
- b. alle notwendigen Daten von den bisherigen Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtungen an die PVK weitergeleitet werden.

³ Personen, die Leistungen beantragen, müssen insbesondere

- a. unentgeltlich alle Auskünfte erteilen und alle Bescheinigungen beibringen, die zur Abklärung des Anspruchs und zur Festsetzung oder Überprüfung der Leistung notwendig sind;
- b. alle in Frage kommenden Personen und Stellen, namentlich die Arbeitgeberin, medizinische Leistungserbringende, öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Versicherungsträgerschaften sowie Amtsstellen, im Einzelfall ermächtigen, die für die Abklärung und Überprüfung von Leistungs- und Rückgriffsansprüchen erforderlichen Auskünfte zu erteilen;
- c. sich auf Anordnung der PVK vertrauensärztlichen Untersuchungen unterziehen.

⁴ Personen, die Leistungen beziehen oder Dritte, denen Leistungen zukommen, müssen jede wesentliche Änderung der für die Leistung massgebenden Verhältnisse unverzüglich der PVK melden.

⁵ Bei Verletzung der Auskunfts- und Meldepflichten kann die PVK auf das Leistungsge-such nicht eintreten oder die Ausrichtung von bereits zugesprochenen Leistungen sistieren und den verursachten Aufwand in Rechnung stellen.

Art. 4 Meldepflicht der Arbeitgeberinnen

¹ Die Arbeitgeberinnen liefern der PVK rechtzeitig alle für die Durchführung der beruflichen Vorsorge notwendigen Angaben und Unterlagen, namentlich die Angaben gemäss Absatz 2 und 3.

² Die Arbeitgeberinnen teilen der PVK beim Eintritt und danach mindestens jährlich den für die Versicherung massgebenden Jahreslohn der versicherten Mitarbeitenden mit. Sie

¹ SSSB 153.21

² SR 831.40

³ SR 831.40

können den massgebenden Jahreslohn im Voraus aufgrund des letzten bekannten Jahreslohns bestimmen. Für das laufende Jahr bereits vereinbarte Änderungen sind dabei zu berücksichtigen. Wo der Beschäftigungsgrad oder die Einkommenshöhe stark schwanken, wird der massgebende Jahreslohn aufgrund des Durchschnittslohns der entsprechenden, in der PVK versicherten Personalkategorie pauschal festgelegt.

³ Die Arbeitgeberinnen melden der PVK den Beschäftigungsgrad bei der Aufnahme und danach unverzüglich bei jeder Änderung.

⁴ Sie haften für Schäden, die der PVK aus der Verletzung der Meldepflichten entstehen.

Art. 5 Informationspflichten der PVK

¹ Die PVK beliefert die versicherten Mitarbeitenden jährlich mit

- a. einem individuellen Versicherungsausweis, der sie über die Leistungsansprüche, den koordinierten Lohn, den Beitragssatz und das Altersguthaben orientiert;
- b. Angaben über die Organisation und die Finanzierung der PVK sowie über die Mitglieder der Verwaltungskommission.

² Auf Anfrage hin gibt die PVK den versicherten Mitarbeitenden und den Rentenbeziehenden den Jahresbericht und Informationen über den Kapitalertrag, den versicherungstechnischen Risikoverlauf, die Verwaltungskosten, die Deckungskapitalberechnung, die Reservenbildung sowie den Deckungsgrad ab.

³ Die PVK teilt versicherten Personen, die heiraten oder eine eingetragene Partnerschaft eingehen, auf diesen Zeitpunkt ihre Austrittsleistung mit. Sie hält diese Angabe in ihren Unterlagen fest und übermittelt sie beim Austritt der neuen Vorsorgeeinrichtung.

⁴ Bei Ehescheidung oder gerichtlicher Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft gibt die PVK der versicherten Person oder dem Gericht auf Verlangen Auskunft über die Höhe der Guthaben, die für die Berechnung der zu teilenden Austrittsleistung massgebend sind.

⁵ Beim Austritt erstellt die PVK den versicherten Personen eine Abrechnung über die Austrittsleistung und weist sie auf die gesetzlich vorgesehenen Möglichkeiten der Erhaltung des Vorsorgeschutzes hin.

2. Titel: Finanzierung

Art. 6 Sparkonto und Sparguthaben

¹ Für die versicherten Mitarbeitenden wird je ein Sparkonto geführt, aus dem das gebildete Sparguthaben ersichtlich ist. Dem Sparkonto werden gutgeschrieben:

- a. Eingebraachte Austrittsleistungen und Freizügigkeitsguthaben;
- b. Sparbeiträge;
- c. Freiwillige Einkäufe;
- d. Allfällig durch die Arbeitgeberin finanzierte Einkäufe;
- e. Rückzahlungen von Mitteln der Wohneigentumsförderung (WEF)¹;
- f. Erhaltene Ausgleichszahlungen infolge Ehescheidung oder gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft;
- g. Wiedereinkäufe infolge Ehescheidung oder gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft;

¹ Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

PVV

- h. Individuelle Übergangseinlagen;
- i. Zinsen auf den Beträgen gemäss den Buchstaben a - h.

² Die Verwaltungskommission legt Ende Jahr den Zinssatz für die Verzinsung der Sparguthaben fest. Für die Führung des Sparkontos gelten folgende Bestimmungen:

- a. Die Sparguthaben aller versicherten Mitarbeitenden, die am 31. Dezember bei der PVK versichert sind, werden mit dem von der Verwaltungskommission festgesetzten Jahreszinssatz verzinst;
- b. Die Sparguthaben von versicherten Mitarbeitenden, die im folgenden Jahr infolge einer Mutation (z.B. Austritt, Alterspensionierung) reduziert werden, werden mit dem von der Verwaltungskommission festgesetzten unterjährigen Zinssatz verzinst;
- c. Der Zins wird auf dem Stand des Sparkontos am Ende des Vorjahrs berechnet und am Ende des laufenden Jahrs dem Sparkonto gutgeschrieben. Die Spargutschriften des laufenden Jahrs werden ohne Zins dem Sparkonto hinzugerechnet;
- d. Eingebrachte Austrittsleistungen oder persönliche Einlagen werden ab Eingangsdatum der Zahlung verzinst und auf das Jahresende dem Sparkonto gutgeschrieben;
- e. Tritt ein Vorsorgefall ein oder scheiden versicherte Mitarbeitende aus der PVK aus, wird der aufgelaufene Zins auf diesen Zeitpunkt gutgeschrieben;
- f. Das Sparkonto invalider versicherter Personen wird gemäss Artikel 14 BVV ²¹ weitergeführt.

Art. 7 Spargutschriften

Die Höhe der Spargutschriften ergibt sich aus den Sparbeiträgen des anwendbaren Vorsorgeplans und der von den versicherten Mitarbeitenden gewählten Sparvariante (Standard, Minus oder Plus).

Art. 8 Eintrittsleistung und Einkauf von Leistungen

¹ Die Austrittsleistungen aus früheren Vorsorgeverhältnissen und Guthaben bei Freizügigkeitseinrichtungen werden dem Sparkonto gutgeschrieben.

² Versicherte Mitarbeitende können, solange keine zur Invalidität führende Arbeitsunfähigkeit eingetreten ist, mittels freiwilliger Einkäufe Vorsorgeleistungen einkaufen. Der Einkauf kann auch durch die Arbeitgeberin erfolgen. Die Einlagen werden dem Sparkonto gutgeschrieben. Bei monatlicher Zahlung mittels Lohnabzug beginnt die Zinsgutschrift ab dem ersten Tag des Folgemonats.

³ Freiwillige Einkäufe gemäss Absatz 2 dürfen erst vorgenommen werden, wenn allfällige WEF²-Vorbezüge zurückbezahlt sind. Vorbehalten bleiben die Fälle, in denen eine Rückzahlung des WEF-Vorbezugs gemäss den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr zulässig ist, sowie die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung oder gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft.

¹ Verordnung vom 18. April 1984 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge; BVV2; SR 831.441.1

² Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

⁴ Der Höchstbetrag des freiwilligen Einkaufs entspricht der Differenz zwischen dem maximal möglichen Sparguthaben des anwendbaren Vorsorgeplans gemäss Anhang 2 Ziffer 4 und dem am Tag des Einkaufs vorhandenen Sparguthaben. Der Höchstbetrag des freiwilligen Einkaufs bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR¹ ist beim massgebenden Vorsorgeplan im Anhang festgelegt. Dieser Höchstbetrag reduziert sich um

- a. Freizügigkeitsguthaben, die von den versicherten Mitarbeitenden nicht in die PVK eingebracht wurden;
- b. getätigte WEF²-Vorbezüge, die gemäss Artikel 52 dieser Verordnung nicht mehr zurückbezahlt werden können;
- c. Altersleistungen (Barwert) aus anderen Vorsorgeverhältnissen;
- d. die Summe der Guthaben in der Säule 3a, soweit diese die Höchstwerte gemäss der vom Bundesamt für Sozialversicherung veröffentlichten Tabelle zur Berechnung des grösstmöglichen 3a-Guthabens übersteigen.

⁵ Für Personen, die aus dem Ausland zugezogen sind und noch nie einer Vorsorgeeinrichtung in der Schweiz angehört haben, darf in den ersten 5 Jahren nach Eintritt die jährliche Einkaufssumme 20 Prozent des versicherten Lohns nicht überschreiten. Nach Ablauf dieser Frist können sich versicherte Mitarbeitende bis zum Höchstbetrag von Absatz 4 einkaufen.

⁶ Die aus den Einkäufen resultierenden Leistungen dürfen innerhalb von 3 Jahren nach dem Einkauf nicht in Kapitalform bezogen werden. Von dieser Begrenzung ausgenommen sind die Wiedereinkäufe im Falle der Ehescheidung oder gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft gemäss Artikel 50 dieser Verordnung.

Art. 9 Beiträge der versicherten Mitarbeitenden

¹ Die versicherten Mitarbeitenden sind ab ihrem Eintritt in die PVK und solange sie im Arbeitsverhältnis stehen beitragspflichtig, längstens jedoch bis sie das 65. Altersjahr erreicht haben, die Eintrittsschwelle gemäss BVG³ nicht mehr erreichen oder bis zum Ende der Lohn- oder Lohnersatzzahlung.

² Bei Vollinvalidität besteht die Beitragspflicht längstens bis zum Beginn des Anspruchs auf eine Invalidenrente. Bei Teilinvalidität beschränkt sich die Beitragspflicht auf den aktiven Teil des versicherten Lohns. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen betreffend Weiterversicherung bei Herabsetzung des Lohns gemäss Artikel 59 sowie des Rentenaufschubs und der Weiterführung der Vorsorge gemäss Artikel 60 dieser Verordnung.

³ Die Beiträge der versicherten Mitarbeitenden im Standardvorsorgeplan bemessen sich nach Anhang 2 Ziffer 3.

⁴ Die Beiträge der versicherten Mitarbeitenden in abweichenden Vorsorgeplänen bemessen sich nach dem massgebenden Vorsorgeplan gemäss Anschlussvereinbarung im Anhang.

¹ SSSB 153.21

² Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge

³ SR 831.40

PVV

Art. 10 Beiträge der Arbeitgeberinnen

¹ Die Arbeitgeberinnen sind für alle versicherten Personen beitragspflichtig, zu denen ein Arbeitsverhältnis besteht und die gemäss Artikel 9 dieser Verordnung Beiträge zu entrichten haben. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen zum unbezahlten Urlaub gemäss Artikel 58 dieser Verordnung.

² Die Beiträge der Arbeitgeberinnen im Standardvorsorgeplan bemessen sich nach Anhang 2 Ziffer 3.

³ Die Beiträge der Arbeitgeberinnen in abweichenden Vorsorgeplänen bemessen sich nach dem massgebenden Vorsorgeplan gemäss Anschlussvereinbarung im Anhang.

Art. 11 Freiwillige Sparbeiträge der versicherten Mitarbeitenden

¹ Die versicherten Mitarbeitenden können in jedem Vorsorgeplan freiwillig die von Artikel 6 Absatz 4 PVR vorgesehenen höheren oder tieferen Sparbeiträge leisten.

² Die versicherten Mitarbeitenden können bis 3 Monate nach Aufnahme in die PVK und jeweils auf Ende eines Kalenderjahrs für das folgende Jahr unter drei Sparvarianten wählen: Standardvorsorgeplan, Sparvariante Plus und Sparvariante Minus. Unterlassen versicherte Mitarbeitende bei der Aufnahme eine Meldung, gilt für sie der Standardvorsorgeplan.

³ Die versicherten Mitarbeitenden haben den Wechsel in eine andere Sparvariante jeweils frühzeitig und im Voraus der PVK schriftlich mitzuteilen.

Art. 12 Beitragsinkasso

¹ Die Arbeitgeberinnen schulden der PVK die gesamten Beiträge (Beiträge der versicherten Mitarbeitenden und die Arbeitgeberinnen-Beiträge).

² Die Beiträge werden durch die PVK monatlich in Rechnung gestellt und sind zahlbar bis zum Ende des Folgemonats, für den sie geschuldet sind (Art. 66 BVG¹).

3. Titel: Vorsorgeleistungen

1. Kapitel: Allgemeines

Art. 13 Beginn und Ende des Anspruchs auf Leistungen

Ereignisse, die einen Anspruch auf Leistungen begründen, verändern oder erlöschen lassen, werden im darauf folgenden Monat wirksam.

Art. 14 Form der Leistungen

¹ Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenleistungen werden in der Regel als Renten ausgerichtet.

² Die PVK richtet an Stelle der Rente eine Kapitalabfindung aus, wenn

- a. die Alters- oder die Invalidenrente weniger als 10 Prozent
- b. die Ehegattenrente oder die Lebenspartnerrente weniger als 6 Prozent

¹ SR 831.40

c. die Kinderrente oder Waisenrente weniger als 2 Prozent der Mindestaltersrente der AHV¹ beträgt.

³ Anspruchsberechtigte Personen können verlangen, dass ihnen ein Teil der beantragten Altersleistung als Kapitalabfindung ausgerichtet wird. Durch eine Kapitalabfindung darf die Altersrente um höchstens 30 Prozent geschmälert werden. Das Begehren um Ausrichtung einer Kapitalabfindung ist spätestens drei Monate vor Entstehung des Anspruchs schriftlich an die PVK zu richten. Ein Widerruf des Begehrens ist ebenfalls bis drei Monate vor Entstehen des Anspruchs möglich. Mit der Auszahlung des Sparguthabens erlischt auf diesem Teil jeder Anspruch auf weitere Leistungen der PVK.

⁴ Anspruchsberechtigte Personen können verlangen, dass ihnen die gesamte Leistung als Kapitalabfindung ausgerichtet wird, wenn die Rente weniger als 35 Prozent der Mindestrente der AHV beträgt.

⁵ Eine Kapitalabfindung an anspruchsberechtigte Personen, die verheiratet sind oder in eingetragener Partnerschaft leben, ist nur zulässig, wenn ihre Partnerinnen und Partner aus Ehe oder eingetragener Partnerschaft bei der PVK persönlich vorsprechen und schriftlich zustimmen oder die Unterschrift auf eigene Kosten amtlich beglaubigen lassen.

Art. 15 Auszahlung der Leistungen

¹ Die PVK richtet ihre Leistungen wie folgt aus:

- a. Renten: monatlich vorschüssig, innerhalb der ersten 15 Tage des Monats, frühestens nach Erhalt aller Angaben;
- b. Kapitalleistungen: innerhalb von 30 Tagen nach Fälligkeit, frühestens jedoch, wenn die Anspruchsberechtigten mit Sicherheit bekannt sind und nach Erhalt aller Angaben.
- c. Renten nach Artikel 124a ZGB² samt Zins gemäss Artikel 19j FZV³: jährlich bis zum 15. Dezember an die Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung des im Rahmen einer Scheidung oder Auflösung der eingetragenen Partnerschaft berechtigten Ehegatten.

² Ein Verzugszins in der Höhe des BVG-Mindestzinssatzes⁴ wird geschuldet:

- a. Bei Rentenzahlungen ab Einreichung des Betreibungsbegehrens oder einer Klage;
- b. Bei Kapitalzahlungen ab 30 Tagen nach Fälligkeit und Vorliegen aller Angaben.

³ Die PVK überweist die Leistungen in der Schweiz an die von den Anspruchsberechtigten genannte Adresse, an eine Bank oder auf ein Postkonto. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der massgebenden Staatsverträge.

⁴ Die Kosten für die Überweisung von Leistungen auf ein ausländisches Konto werden der Person belastet, die Leistungen bezieht. Die Auszahlung erfolgt in jedem Fall in Schweizer Franken.

¹ Alters- und Hinterlassenenversicherung

² Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907; ZGB; SR 210

³ Verordnung vom 3. Oktober 1994 über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge; Freizügigkeitsverordnung; FZV; SR 831.425

⁴ Vgl. Anhang 1 Ziffer 2 Absatz 8

Art. 16 Abtretung, Verpfändung und Verrechnung

¹ Der Anspruch auf Leistungen der PVK kann vor Fälligkeit weder abgetreten noch verpfändet werden. Vorbehalten bleibt die Verpfändung im Rahmen der Wohneigentumsförderung gemäss BVG¹.

² Der Anspruch auf Leistungen kann mit Forderungen, welche die Arbeitgeberin an die PVK abgetreten hat, nur verrechnet werden, wenn es sich bei diesen Forderungen um Beiträge handelt, die nicht vom Lohn abgezogen wurden.

Art. 17 Rückerstattung zu Unrecht bezogener Leistungen

¹ Unrechtmässig bezogene Leistungen sind mit Zins zurückzuerstatten. Der Zinssatz entspricht dem BVG-Mindestzinssatz². Vorbehalten bleibt ein allfälliger Verzugszins.

² Die PVK kann von der Rückforderung ganz oder teilweise absehen,

- a. aus verwaltungsökonomischen Gründen, oder
- b. wenn die Person, die Leistungen bezieht, gutgläubig war und die Rückforderung zu einer grossen Härte führt.

Art. 18 Vorleistungen

¹ Wird die PVK gestützt auf Artikel 70 ATSG³ vorleistungspflichtig, erbringt sie Vorleistungen im Rahmen ihrer Leistungspflicht. Stellt sich später heraus, dass sie nicht oder nicht in vollem Umfang leistungspflichtig ist, verlangt sie die zu viel geleisteten Beträge zurück.

² Befinden sich versicherte Mitarbeitende beim Entstehen des Leistungsanspruchs nicht mehr in der leistungspflichtigen Vorsorgeeinrichtung und wird die PVK deswegen gemäss Artikel 26 Absatz 4 BVG⁴ vorleistungspflichtig, kann sie sich auf die Erbringung der BVG-Leistungen beschränken. Stellt sich später heraus, dass die PVK nicht leistungspflichtig ist, verlangt sie die zu viel geleisteten Beträge zurück.

Art. 19 Überentschädigung und Koordination der Leistungen

¹ Die PVK kürzt die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen, soweit sie zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90 Prozent des mutmasslich entgangenen Verdienstes bei Weiterbeschäftigung übersteigen, zuzüglich allfälliger Familienzulagen.

² Als anrechenbare Einkünfte gelten Leistungen gleicher Art und Zweckbestimmung, die der anspruchsberechtigten Person aufgrund des schädigenden Ereignisses ausgerichtet werden, wie Renten und Kapitalleistungen mit ihrem Rentenumwandlungswert gemäss den technischen Grundlagen der PVK von in- und ausländischen Sozialversicherungen sowie von Vorsorge- und Freizügigkeitseinrichtungen. Bei Invalidenleistungen wird zudem das weiterhin erzielte oder zumutbarerweise noch erzielbare Erwerbs- oder Ersatz-einkommen angerechnet. Hilflosen- und Integritätsentschädigungen, Genugtuungsleistungen und ähnliche Leistungen werden dagegen nicht angerechnet.

¹ SR 831.40 und Verordnung vom 3. Oktober 1994 über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge; WEFV; SR 831.411

² Vgl. Anhang 1 Ziffer 2 Absatz 5

³ Bundesgesetz vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts; ATSG; SR 830.1

⁴ 831.40

³ Ist die Unfall- oder Militärversicherung für den gleichen Versicherungsfall leistungspflichtig, gelten nach Erreichen des AHV¹-Rentenalters auch Altersleistungen in- und ausländischer Sozialversicherungen und Vorsorge- und Freizügigkeitseinrichtungen als anrechenbare Einkünfte. Die PVK kürzt ihre Leistungen, soweit sie zusammen mit anderen anrechenbaren Einkünften 90 Prozent des Betrags übersteigen, der bei einer Überentschädigungsberechnung unmittelbar vor dem Rentenalter als mutmasslich entgangener Verdienst zu betrachten war. Dieser Betrag wird dem Teuerungszuwachs zwischen dem Erreichen des Rentenalters und dem Berechnungszeitpunkt angepasst.

⁴ Wird infolge Ehescheidung oder gerichtlicher Auflösung der eingetragenen Partnerschaft eine Invalidenrente geteilt, so wird der Rentenanteil, der den ausgleichsberechtigten Ehegatten oder Partnerinnen und Partnern zugesprochen wurde, bei der Berechnung einer allfälligen Kürzung der Leistungen der zum Ausgleich verpflichteten versicherten Mitarbeitenden weiterhin angerechnet.

⁵ Die Leistungen an überlebende Ehegatten oder an überlebende Lebenspartner und an Waisen werden zusammengezählt.

⁶ Kürzt die PVK mehrere Leistungen gesamthaft, werden die einzelnen Leistungen anteilmässig gekürzt.

⁷ Die Kürzung wird überprüft, wenn sich die Verhältnisse wesentlich ändern, mindestens alle 2 Jahre.

Art. 20 Kürzung und Verweigerung von Leistungen

¹ Die PVK kann ihre Leistungen im entsprechenden Umfang kürzen, entziehen oder verweigern, wenn die AHV² oder IV³ eine Leistung kürzt, entzieht oder verweigert, weil die anspruchsberechtigte Person den Tod oder die Invalidität durch eigenes schweres Verschulden herbeigeführt hat oder sich einer Wiedereingliederungsmassnahme der IV widersetzt.

² Die PVK gleicht Leistungsverweigerungen oder -kürzungen der Unfallversicherung oder der Militärversicherung nicht aus, wenn diese die Leistungsverweigerungen oder -kürzungen nach Artikel 21 ATSG⁴, Artikel 37 oder Artikel 39 UVG⁵ oder Artikel 65 oder Artikel 66 MVG⁶ vorgenommen haben.

Art. 21 Haftung Dritter

¹ Gegenüber Dritten, die für den Versicherungsfall haften, tritt die PVK im Zeitpunkt des Ereignisses bis auf die Höhe der gesetzlichen Leistungen in die Ansprüche der versicherten Mitarbeitenden und Rentenbeziehenden, ihrer Hinterlassenen und weiterer begünstigter Personen ein.

² Sie kann für weitergehende Leistungen verlangen, dass die versicherten Mitarbeitenden und Rentenbeziehenden, ihre Hinterlassenen und weitere begünstigte Personen ihre Forderungen, die ihnen für den Schadenfall gegen haftpflichtige Dritte entstehen, bis zur Höhe der Leistungspflicht der PVK abtreten. Die PVK ist berechtigt, die weitergehenden Leistungen einzustellen, bis diese Abtretung erfolgt ist.

¹ Alters- und Hinterlassenenversicherung

² Alters- und Hinterlassenenversicherung

³ Eidgenössische Invalidenversicherung

⁴ SR 830.1

⁵ Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung; UVG; SR 832.20

⁶ Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über die Militärversicherung; MVG; SR 833.1

Art. 22 Anpassung der Renten an die Preisentwicklung

¹ Die PVK passt die Hinterlassenen- und Invalidenrenten sowie die Altersrenten im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten an die Preisentwicklung an. Vorbehalten bleibt die Anpassungsregelung für Hinterlassenen- und Invalidenrenten gemäss Artikel 36 Absatz 1 BVG¹.

² Die Verwaltungskommission entscheidet jährlich, ob und in welchem Mass die Renten angepasst werden. Sie hält ihren begründeten Entscheid in der Jahresrechnung oder im Jahresbericht fest.

2. Kapitel: Altersleistungen

Art. 23 Anspruch auf Altersrente

¹ Versicherte Mitarbeitende, die nach vollendetem 58. Altersjahr das Arbeitsverhältnis aus Altersgründen beenden (Pensionierung), haben Anspruch auf eine Altersrente.

² Versicherte Mitarbeitende können ab vollendetem 58. Altersjahr die Ausrichtung einer Teilaltersrente verlangen, falls ihr versicherter Lohn um mindestens 1/5 reduziert wird (Teilpensionierung). Der Teilpensionierungsgrad entspricht dem Verhältnis zwischen dem reduzierten und dem ungekürzten versicherten Lohn. Massgebend für die Berechnung ist der versicherte Lohn im Zeitpunkt der Teilpensionierung.

³ Bei einer Teilpensionierung wird das Sparguthaben entsprechend dem Pensionierungsgrad reduziert und der wegfallende Teil mit dem massgebenden Umwandlungssatz in eine Teilaltersrente umgerechnet.

⁴ Bei jeder nachträglichen Reduktion des versicherten Lohns können versicherte Mitarbeitende die Ausrichtung einer zusätzlichen Teilaltersrente verlangen. Eine zusätzliche Teilaltersrente kann jedoch höchstens einmal pro Jahr beantragt werden. Insgesamt sind höchstens drei Teilschritte bis und mit der vollständigen Pensionierung möglich.

⁵ Erhöhen versicherte Mitarbeitende ihren versicherten Lohn wieder, verändert sich die Altersrente nicht.

⁶ Der Anspruch auf Altersrente endet mit dem Tod der Rentenbeziehenden.

Art. 24 Höhe der Altersrente

¹ Der Jahresbetrag der Altersrente entspricht dem zu Beginn des Rentenbezugs vorhandenen Sparguthaben, multipliziert mit dem von der Verwaltungskommission festgelegten Umwandlungssatz entsprechend dem Rentenalter (Anhang 1 Ziffer 3). Vorbehalten bleiben die Artikel 49 und 50 dieser Verordnung.

² Fällt der Beginn des Rentenbezugs nicht mit einem vollen Rentenalter zusammen, wird der Umwandlungssatz durch lineare, monatsgenaue Interpolation zwischen den beiden massgebenden Umwandlungssätzen ermittelt.²

Art. 25 Auskauf von Rentenkürzungen

¹ Die durch die teilweise oder volle Pensionierung vor dem ordentlichen Rücktrittsalter des massgebenden Vorsorgeplans bedingte tiefere Altersrente kann bis zum Zeitpunkt der Pensionierung durch Entrichtung einer nach versicherungstechnischen Grundsätzen

¹ SR 831.40

² eingefügt gemäss Verwaltungskommissionbeschluss vom 28. Juni 2018

berechneten Einkaufssumme ganz oder teilweise ausgekauft werden, sofern die versicherten Mitarbeitenden

- a. keine volle Invalidenrente beziehen. Bei Teilinvalidität beschränkt sich der Auskauf auf den versicherten Lohn gemäss verbleibendem Arbeitspensum;
- b. das maximal mögliche Sparguthaben des auf sie anwendbaren Vorsorgeplans samt Sparvariante gemäss Anhang aufweisen;
- c. alle Freizügigkeitsleistungen in die PVK eingebracht haben und alle Vorbezüge für Wohneigentum vorgängig zurückbezahlt haben. Ist die Rückzahlung des Vorbezugs für Wohneigentum gemäss Artikel 52 dieser Verordnung nicht mehr zulässig, reduziert sich der maximal mögliche Einkauf für die Vorfinanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts um den Betrag des Vorbezugs.

² Die maximal mögliche Einlage für den Auskauf von Rentenkürzungen bestimmt sich nach der Tabelle im Anhang zum massgebenden Vorsorgeplan. Die versicherten Mitarbeitenden unterzeichnen vorgängig eine Vereinbarung, worin Zeitpunkt oder Alter für die geplante vorzeitige Pensionierung erklärt wird.

³ Die Einlagen für den Auskauf von Rentenkürzungen werden dem Konto Auskauf von Rentenkürzungen gutgeschrieben.

⁴ Die Verzinsung erfolgt gemäss Artikel 6 dieser Verordnung. Die Verwaltungskommission setzt jährlich den Zinssatz für das Konto Auskauf von Rentenkürzungen fest.

⁵ Erfolgt der Altersrücktritt nach dem gemäss Absatz 2 vereinbarten Zeitpunkt, werden dem Sparkonto gemäss Artikel 6 dieser Verordnung keine Spargutschriften gemäss Artikel 15 PVR¹ und keine Zinsen mehr gutgeschrieben, sobald die resultierende Altersrente 105 Prozent der auf das ordentliche Rentenalter berechneten Altersrente erreicht.

Art. 26 AHV²-Überbrückungsrente

¹ Personen, die im Standardvorsorgeplan versichert sind und eine Altersrente der PVK beziehen, haben Anspruch auf eine AHV-Überbrückungsrente während maximal 3 Jahren vor dem ordentlichen AHV-Rücktrittsalter.

² Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR³ ist der Anspruch auf die AHV-Überbrückungsrente beim massgebenden Vorsorgeplan im Anhang geregelt.

³ Die AHV-Überbrückungsrente fällt ganz oder teilweise weg, wenn versicherten Mitarbeitenden oder Rentenbeziehenden eine AHV- oder IV⁴-Leistung ausgerichtet wird.

⁴ Die AHV-Überbrückungsrente ist auf 50 Prozent der maximalen einfachen AHV-Altersrente begrenzt. Ihre Höhe hängt ab von der Anzahl Beitragsjahre und dem durchschnittlichen Beschäftigungsgrad vor Rentenbeginn. Sie wird unter folgenden kumulativen Bedingungen ungekürzt ausgerichtet:

- a. die anspruchsberechtigte Person muss mindestens 10 Beitragsjahre aufweisen. Bei kürzerer Beitragsdauer wird die AHV-Überbrückungsrente um einen Zehntel pro fehlendes Beitragsjahr gekürzt;

¹ SSSB 153.21

² Alters- und Hinterlassenenversicherung

³ SSSB 153.21

⁴ Eidgenössische Invalidenversicherung

PVV

- b. die anspruchsberechtigte Person muss einen vollen Beschäftigungsgrad während der letzten 5 Jahre vor Rentenbeginn aufweisen. Bei Teilzeitverhältnissen wird die AHV-Überbrückungsrente im Umfang des während der letzten 5 Jahre vor Rentenbeginn fehlenden durchschnittlichen Beschäftigungsgrads zu einem vollen Pensum gekürzt. Bei Beschäftigten im Stundenlohn werden die in dieser Zeitspanne geleisteten Stunden in ein Teilpensum umgerechnet.

⁵ Bei einer Teilpensionierung entspricht der Anspruch dem Verhältnis des wegfallenden versicherten Lohns zum gesamten versicherten Lohn vor der Pensionierung. Vorbehalten bleibt Absatz 4.

⁶ Die AHV-Überbrückungsrente bleibt während der Bezugsdauer unverändert. Sie wird der Preisentwicklung nicht angepasst.

⁷ Bei voller oder teilweiser Wiederaufnahme der Beschäftigung zu einem späteren Zeitpunkt kürzt die PVK den Anspruch auf die AHV-Überbrückungsrente, wenn der zu versichernde AHV-Lohn dieser Wiederbeschäftigung die Eintrittsschwelle nach BVG übersteigt. Die Kürzung entspricht dem prozentualen Verhältnis des bei der Wiederbeschäftigung erzielten Lohnes im Verhältnis zum erzielten Lohn vor der Pensionierung. Für die Bemessung des Lohnes vor der Pensionierung gelten die Bestimmungen von Absatz 5 sinngemäss.

⁸ Nehmen versicherte Mitarbeitende, die vor der Pensionierung im Stundenlohn angestellt waren, die Beschäftigung wieder auf, ruht die AHV-Überbrückungsrente während der Dauer der Wiederbeschäftigung.

Art. 27 Ergänzende AHV-Überbrückungsrente

¹ Versicherte Mitarbeitende, die das 58. Altersjahr vollendet haben und eine Altersrente der PVK, nicht aber eine entsprechende AHV- oder IV-Rente beziehen, können zu Lasten ihrer späteren Ansprüche eine ergänzende Überbrückungsrente verlangen.

² Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR¹ ist der Anspruch auf die ergänzende AHV-Überbrückungsrente beim massgebenden Vorsorgeplan im Anhang geregelt.

³ Die Höhe der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente ist unter folgenden Voraussetzungen frei wählbar:

- a. Die ergänzende AHV-Überbrückungsrente darf zusammen mit der AHV-Überbrückungsrente gemäss Artikel 26 dieser Verordnung die maximale einfache AHV-Altersrente nicht übersteigen.
- b. Die Kürzung des Altersrentenanspruchs zwecks Nachfinanzierung der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente darf 50 Prozent des Altersrentenanspruchs nicht übersteigen.

⁴ Bei teilzeitbeschäftigten versicherten Mitarbeitenden richtet sich die maximale Höhe nach dem durchschnittlichen Beschäftigungsgrad der letzten 5 Jahre vor Rentenbeginn. Bei einer Beschäftigung im Stundenlohn werden die in dieser Zeitspanne geleisteten Stunden in ein Teilpensum umgerechnet.

⁵ Bei einer Teilpensionierung entspricht der Anspruch dem Verhältnis des wegfallenden versicherten Lohns zum gesamten versicherten Lohn vor der Pensionierung. Vorbehalten bleibt Absatz 3.

¹ SSSB 153.21

⁶ Bei voller oder teilweiser Wiederaufnahme einer Beschäftigung kann die ergänzende AHV-Überbrückungsrente beibehalten werden.

⁷ Die ergänzende AHV-Überbrückungsrente wird durch Kürzung der Altersrente und der übrigen versicherten Leistungen gemäss der Tabelle in Anhang 1 Ziffer 4 nachfinanziert. Die Kürzung erfolgt ab Beginn des Anspruchs auf eine AHV-Altersrente und dauert lebenslänglich.

3. Kapitel: Invalidenleistungen

Art. 28 Anspruch auf Invalidenrente

¹ Versicherte Mitarbeitende haben Anspruch auf eine Invalidenrente, wenn sie im Sinne der Eidgenössischen Invalidenversicherung (IV) rentenberechtigt sind und beim Eintritt der Arbeitsunfähigkeit, deren Ursache zur Invalidität geführt hat, bei der PVK versichert waren.

² Der Beginn der Rentenberechtigung richtet sich grundsätzlich nach der IV¹-Verfügung. Schiebt die Eidgenössische Invalidenversicherung den Beginn der Rentenberechtigung wegen verspäteter Anmeldung auf, wirkt sich der Aufschub auch auf den Beginn der Leistungsberechtigung bei der PVK aus. Der Beginn wird zudem aufgeschoben, solange die versicherten Mitarbeitenden einen Lohn oder ein Taggeld im Umfang von mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns beziehen und die Taggeldversicherung von der Arbeitgeberin mindestens zur Hälfte mitfinanziert wurde.

³ Bei einer Pensionierung vor Vollendung des 63. Altersjahrs kann der Anspruch auf Invalidenrente nur entstehen, wenn die Arbeitsunfähigkeit, die zur Invalidität geführt hat, vor der Pensionierung eingetreten ist.²

⁴ Wird die PVK leistungspflichtig, weil versicherte Mitarbeitende infolge eines Geburtsgebrechens oder minderjährig invalid wurden und bei Erhöhung der invalidisierenden Erwerbsunfähigkeit bei der PVK versichert waren (Artikel 23 Buchstabe b und c BVG³), beschränkt sich der Anspruch auf die BVG-Mindestleistungen.

⁵ Nach vollendetem 63. Altersjahr werden die Invalidenleistungen durch Altersleistungen ersetzt. Dabei wird das bei Beginn der Invalidenleistungen vorhandene Sparguthaben um die projizierten Spargutschriften erhöht und mit dem Umwandlungssatz im Alter 63 multipliziert. Das projizierte Sparguthaben errechnet sich aus allen Spargutschriften aufgrund des letzten beitragspflichtigen Lohns bis zum Alter 63 gemäss Standardvorsorgeplan (Sparvariante Standard) samt Verzinsung zum jeweils geltenden technischen Zins. Die Altersleistungen können nicht mehr in Kapitalform bezogen werden. Vorbehalten bleiben die Artikel 48 und 49 dieser Verordnung.

⁶ Der Anspruch auf Rentenleistungen erlischt mit dem Wegfall der rentenbegründenden Invalidität oder dem Tod der Rentenbeziehenden.

⁷ Die Beitragsbefreiung fällt mit dem Beginn der Rentenberechtigung gemäss Absatz 2 zusammen.

¹ Eidgenössische Invalidenversicherung

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 28. Juni 2018

³ SR 831.40

Art. 29 Anspruch bei Herabsetzung oder Aufhebung der IV¹-Rente nach Massnahmen zur Wiedereingliederung

¹ Wird die Rente der Eidgenössischen Invalidenversicherung nach Verminderung des Invaliditätsgrades herabgesetzt oder aufgehoben, bleiben die Rentenbeziehenden während 3 Jahren zu den gleichen Bedingungen bei der PVK versichert, sofern sie vor der Herabsetzung oder Aufhebung der Rente an Massnahmen zur Wiedereingliederung gemäss Artikel 8a IVG² teilgenommen haben oder die Rente wegen der Wiederaufnahme einer Erwerbstätigkeit oder Erhöhung des Beschäftigungsgrades herabgesetzt oder aufgehoben wurde.

² Der Versicherungsschutz und der Leistungsanspruch bleiben aufrechterhalten, solange die Rentenbeziehenden eine Übergangsleistung gemäss Artikel 32 IVG³ beziehen.

³ Während der Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs kann die PVK die Invalidenrente entsprechend dem verminderten Invaliditätsgrad der versicherten Person kürzen, jedoch nur soweit, wie die Kürzung durch ein Zusatzeinkommen der Rentenbeziehenden ausgeglichen wird.

Art. 30 Höhe der Invalidenrente

¹ Die PVK richtet folgende Invalidenrenten aus:

| Invaliditätsgrad der IV in Prozenten | Rente der PVK in Prozenten der versicherten Invalidenrente |
|---|---|
| unter 40 | 0 |
| ab 40 | 25 |
| ab 50 | 50 |
| ab 60 | 75 |
| ab 70 | 100 |

² Die volle Invalidenrente entspricht der im Zeitpunkt des Anspruchsbeginns projizierten Altersrente im ordentlichen Rücktrittsalter des massgebenden Vorsorgeplans. Sie beträgt jedoch mindestens 60 Prozent des versicherten Lohns.⁴

³ Ausgerichtet wird die Invalidenrente

- a. im vollen Umfang, wenn Versicherte im Sinne der IV⁵ Anspruch auf eine volle Rente haben;
- b. in den übrigen Fällen als Teilrente entsprechend der Abstufung gemäss Absatz 1.

⁴ Bei einer Änderung des Invaliditätsgrades der IV wird die Rente der PVK unter Vorbehalt von Artikel 29 dieser Verordnung entsprechend angepasst.

⁵ Das Sparguthaben des von der Invalidität betroffenen Teils der Versicherung wird für die spätere Berechnung der Altersleistungen ab Beginn der Rentenberechtigung gemäss Artikel 28 Absatz 2 dieser Verordnung bis zur Vollendung des 63. Altersjahrs weitergeführt. Bei im Stundenlohn versicherten Mitarbeitenden ist der durchschnittliche

¹ Eidgenössische Invalidenversicherung

² Bundesgesetz vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung; IVG; SR 831.20

³ SR 831.20

⁴ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 27. Juni 2019

⁵ Eidgenössische Invalidenversicherung

versicherte Lohn während des letzten vollen Kalenderjahres vor Eintritt des Vorsorgefalls massgebend.¹

⁶ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR² wird das Sparguthaben bis zum ordentlichen Rücktrittsalter des massgebenden Vorsorgeplans weitergeführt.

Art. 31 Voraussetzungen für die Ausrichtung von Berufsinvalidenleistungen

¹ Die PVK kann bei Berufsinvalidität unabhängig vom Entscheid der Eidgenössischen Invalidenversicherung Berufsinvalidenleistungen gewähren, wenn die Kosten der entsprechenden Leistungen vollständig durch die jeweilige Arbeitgeberin übernommen werden. Die Berufsinvalidenleistungen umfassen eine Berufsinvalidenrente und eine IV-Ersatzrente.

² Berufsinvalidenrenten und IV-Ersatzrenten können auf Antrag der Arbeitgeberin ausgerichtet werden, wenn die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- a. Die versicherte Person hat das 48. Altersjahr vollendet;
- b. Sie weist mindestens fünf Beitragsjahre bei der PVK auf;
- c. Sie ist aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr in der Lage, ihre bisherige Tätigkeit voll oder teilweise auszuüben;
- d. Vertrauensärztlich wurde eine Berufsinvalidität festgestellt;
- e. Die ernsthaften und nachweisbaren Bemühungen zur Eingliederung an eine andere zumutbaren Stelle sind gescheitert, ohne dass Gründe für eine Kürzung oder Verweigerung der Leistungen gemäss Artikel 21 Absatz 4 ATSG³ vorliegen.

³ Gestützt auf den Antrag und die vertrauensärztliche Feststellung entscheidet die PVK über die Zusprechung von Berufsinvalidenleistungen.

Art. 32 Höhe der Berufsinvalidenleistungen

¹ Die Berufsinvalidenrente entspricht 60 Prozent des versicherten Lohns, gewichtet mit dem Berufsinvaliditätsgrad. Der Berufsinvaliditätsgrad entspricht dem Verhältnis zwischen dem neuen versicherten Lohn und dem bisherigen versicherten Lohn. Eine allfällige Invalidenrente gemäss Artikel 30 dieser Verordnung wird angerechnet.

² Die IV-Ersatzrente entspricht 90 Prozent der maximalen AHV⁴-Rente, gewichtet mit dem Beschäftigungsgrad, dem Berufsinvaliditätsgrad und dem Pensionierungsgrad. Eine allfällige Invalidenrente der IV⁵ wird angerechnet.

Art. 33 Beginn, Ende und Koordination der Leistungen bei Berufsinvalidität

¹ Beginn und Ende der Leistungen aus Berufsinvalidität (Rente aus Berufsinvalidität und IV-Ersatzrente) richten sich sinngemäss nach Artikel 28 dieser Verordnung.

² Erfüllen versicherte Personen gleichzeitig die Voraussetzungen für eine IV-Ersatzrente und eine Hinterlassenenrente der AHV, wird letztere auf die IV-Ersatzrente angerechnet.

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 28. Juni 2018

² SSSB 153.21

³ SR 830.1

⁴ Alters- und Hinterlassenenversicherung

⁵ Eidgenössische Invalidenversicherung

PVV

³ Richtet die IV rückwirkend Renten aus, sind die IV-Ersatzrenten der PVK zurückzuerstatten. Die PVK kann bereits erbrachte IV-Ersatzrenten direkt bei der IV geltend machen und mit deren Leistungen verrechnen.

Art. 34 Finanzierung der Leistungen bei Berufsinvalidität

Die PVK stellt der antragsstellenden Arbeitgeberin jährlich die Kosten der Leistungen bei Berufsinvalidität in Rechnung.

4. Kapitel: Kinderrenten

Art. 35 Anspruch auf Alters- oder Invaliden-Kinderrenten

¹ Rentenbeziehende von Invaliden- oder Altersrenten der PVK haben für jedes ihrer Kinder Anspruch auf eine Kinderrente.

² Als Kinder im Sinne dieser Verordnung gelten Kinder gemäss ZGB¹ sowie Pflegekinder, für deren Unterhalt die Rentenbeziehenden nachweislich aufkommen.

³ Der Anspruch auf eine Kinderrente beginnt mit dem Bezug einer Invaliden- oder Altersrente. Er erlischt mit dem Tod des Kindes, spätestens jedoch am Ende des Monats, in dem das Kind das 18. Lebensjahr vollendet.

⁴ Für Kinder, die sich gemäss AHVG² in Ausbildung befinden oder zu mindestens 70 Prozent invalid sind, erlischt der Anspruch auf eine Kinderrente mit dem Abschluss der Ausbildung oder mit dem Ende der Invalidität, spätestens jedoch am Ende des Monats, in dem sie das 25. Altersjahr vollenden.

Art. 36 Höhe der Kinderrente

¹ Die Höhe der jährlichen Kinderrente entspricht 15 Prozent der Invaliden- oder Altersrente der Rentenbeziehenden. Vorbehalten bleibt Artikel 46 Absatz 5 dieser Verordnung.

² Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR³ ist die Höhe der Kinderrente beim massgebenden Vorsorgeplan im Anhang geregelt.

5. Kapitel: Hinterlassenenleistungen

Art. 37 Anspruch auf Ehegattenrente

¹ Die überlebenden Ehegatten von versicherten Mitarbeitenden und Rentenbeziehenden haben Anspruch auf eine Ehegattenrente, wenn sie

- a. für den Unterhalt eines oder mehrerer Kinder aufkommen müssen, oder
- b. das 45. Altersjahr vollendet haben und mit ihrem verstorbenen Ehegatten mindestens 5 Jahre verheiratet waren. Die Dauer einer Lebenspartnerschaft gemäss Artikel 39 Absatz 1 dieser Verordnung wird an die Ehedauer angerechnet.

² Personen in eingetragener Partnerschaft sind den Ehegatten gleichgestellt.

³ Der Anspruch auf Ehegattenrente entsteht mit dem Tod der versicherten Mitarbeitenden oder Rentenbeziehenden, frühestens jedoch mit Beendigung der Lohnzahlung, der vollen

¹ Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907; ZGB; SR 210

² Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung; AHVG; SR 831.10

³ SSSB 153.21

Lohnfortzahlung oder Rentenzahlung. Er erlischt, wenn die oder der Begünstigte stirbt oder wieder heiratet.

⁴ Erfüllen überlebende Ehegatten keine der Bedingungen nach Absatz 1, haben sie Anspruch auf eine Kapitalabfindung.

Art. 38 Höhe von Ehegattenrente und Kapitalabfindung

¹ Die Ehegattenrente beträgt:

- a. 60 Prozent der versicherten Invalidenrente beim Tod von versicherten Mitarbeitenden;
- b. 60 Prozent der zuletzt bezogenen Invaliden- oder Altersrente beim Tod von Rentenbeziehenden.

² Sind die überlebenden Ehegatten mehr als 10 Jahre jünger als ihre verstorbenen Ehegatten, wird die Ehegattenrente für jedes diesen Altersunterschied übersteigende volle Jahr um zwei Prozent des Rentenbetrages gekürzt.

³ Hinterlassen Verstorbene rentenberechtigte Kinder gemäss Artikel 42 dieser Verordnung, fällt die Kürzung dahin.

⁴ Die Kapitalabfindung gemäss Artikel 37 Absatz 4 dieser Verordnung entspricht der Höhe des Todesfallkapitals gemäss Artikel 45 dieser Verordnung.

⁵ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR¹ ist die Höhe der Ehegattenrente oder der Kapitalabfindung beim masgebenden Vorsorgeplan im Anhang geregelt.

Art. 39 Anspruch auf Lebenspartnerrente²

¹ Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sind den Ehegatten gleichgestellt, sofern die folgenden Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

- a. Sie sind unverheiratet, nicht in eingetragener Partnerschaft lebend und nicht im Sinne von Artikel 95 ZGB³ miteinander verwandt;
- b. Es besteht bis zum Tod der versicherten oder rentenbeziehenden Person eine ununterbrochene Lebenspartnerschaft mit gemeinsamem Haushalt und gleichem Wohnsitz, wobei
 1. die Lebenspartnerschaft mindestens fünf Jahre gedauert hat und die überlebende Person der Lebenspartnerschaft älter als 45 Jahre ist, oder
 2. die überlebende Person der Lebenspartnerschaft für den Unterhalt mindestens eines gemeinsamen Kindes aufkommen muss;
- c. Es besteht eine gemeinsam unterzeichnete Unterstützungsvereinbarung. Diese ist der PVK zu Lebzeiten beider Personen der Lebenspartnerschaft einzureichen.
- d.⁴

² Kein Anspruch auf die Lebenspartnerrente besteht, wenn die Lebenspartnerschaft vor dem Tod der versicherten Person aufgelöst wurde.

¹ SSSB 153.21

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 28. Juni 2018

³ SR 210

⁴ aufgehoben gemäss Verwaltungskommissionbeschluss vom 28. Juni 2018

PVV

³ Bezieht die überlebende Person der Lebenspartnerschaft eine Ehegattenrente, eine Lebenspartnerrente oder eine Rente für geschiedene Ehegatten der PVK oder einer anderen Vorsorgeeinrichtung, wird diese an die Lebenspartnerrente angerechnet.

⁴ Erfüllt die überlebende Person der Lebenspartnerschaft alle Voraussetzungen von Absatz 1 mit Ausnahme des Mindestalters nach Buchstabe b Ziffer 1, hat sie Anspruch auf eine Kapitalabfindung gemäss den Bedingungen von Artikel 44 dieser Verordnung.

⁵ Überlebende Lebenspartner müssen ihren Anspruch nach dem Tod der versicherten Person schriftlich bei der PVK geltend machen. Sie haben nachzuweisen, dass sie die Voraussetzungen für die Lebenspartnerrente erfüllen. Der Nachweis kann mit folgenden Beweismitteln erbracht werden:

- a. Für die Bedingungen von Absatz 1 Buchstabe a: Zivilstandsurkunden der beiden Lebenspartner;
- b. Für die Lebensgemeinschaft: Wohnsitzbescheinigung der Gemeinde;
- c. Für die Existenz eines Kindes: Geburtsurkunde oder Auszug aus dem Familienbüchlein;
- d. Für den Unterhalt des Kindes: Bescheinigung der zuständigen Behörde.

⁶ Die PVK prüft im Leistungsfall, ob die Bedingungen für den Bezug der Lebenspartnerrente erfüllt sind.

⁷ Der Anspruch auf Lebenspartnerrente entsteht mit dem Tod der versicherten Mitarbeitenden oder Rentenbeziehenden, frühestens jedoch mit Beendigung der Lohnzahlung, der vollen Lohnfortzahlung oder Rentenzahlung. Er erlischt, wenn die oder der Begünstigte stirbt, heiratet, oder in einer neuen Lebenspartnerschaft lebt.

⁸ Der Anspruch auf eine Lebenspartnerrente wird periodisch, mindestens jedoch alle zwei Jahre überprüft.

Art. 40 Höhe der Lebenspartnerrente

¹ Die Höhe der Lebenspartnerrente entspricht dem Betrag der Ehegattenrente gemäss Artikel 38 dieser Verordnung. Die weiteren Bestimmungen werden sinngemäss angewendet.

² Der Betrag der Lebenspartnerrente reduziert sich um Unterhaltszahlungen aus einem Gerichtsurteil betreffend Ehescheidung oder Auflösung der eingetragenen Partnerschaft.

³ Die PVK schuldet in jedem Fall nur eine Lebenspartnerrente.

Art. 41 Anspruch der geschiedenen Ehegatten

¹ Geschiedene Ehegatten sind den verwitweten gleichgestellt, wenn die Ehe mindestens 10 Jahre gedauert hat und ihnen im Gerichtsurteil betreffend Ehescheidung oder Auflösung der eingetragenen Partnerschaft vor dem 1. Januar 2017 eine Rente oder eine Kapitalabfindung anstelle einer lebenslänglichen Rente oder ein Anspruch auf eine Rente gemäss Artikel 124e Absatz 1 oder Artikel 126 Absatz 1 ZGB¹ zugesprochen wurde.

¹ SR 210

² Der Anspruch entsteht mit dem Tod der versicherten Mitarbeitenden, frühestens mit Beendigung der Lohnfortzahlung. Er besteht, solange die Rente gemäss Absatz 1 geschuldet gewesen wäre, erlischt jedoch spätestens am Ende des Monats, indem der oder die Begünstigte stirbt oder wieder heiratet.

³ Die Leistung der PVK wird jedoch um jenen Betrag gekürzt, um den sie zusammen mit den Leistungen der übrigen Versicherungen, insbesondere AHV¹ und IV², den Anspruch aus dem Gerichtsurteil betreffend Ehescheidung oder Auflösung der eingetragenen Partnerschaft übersteigt.

⁴ Die Kürzung wird neu berechnet, sobald geschiedene Ehegatten einen eigenen Rechtsanspruch auf AHV- oder IV-Rente haben.

Art. 42 Anspruch auf Waisenrente

¹ Kinder von verstorbenen versicherten Mitarbeitenden oder Rentenbeziehenden haben Anspruch auf eine Waisenrente. Vorbehalten bleibt Artikel 46 Absatz 5 dieser Verordnung.

² Als Kinder im Sinne dieser Verordnung gelten Kinder gemäss ZGB³ sowie Pflegekinder, für deren Unterhalt die versicherte Person im Zeitpunkt ihres Todes nachweislich aufgekomen ist.

³ Der Anspruch auf Waisenrente beginnt mit dem Tod der verstorbenen Person, frühestens jedoch mit Beendigung der Lohnzahlung, der vollen Lohnfortzahlung oder Rentenzahlung. Er erlischt mit dem Tod des Kindes, spätestens jedoch am Ende des Monats, in dem das Kind das 18. Altersjahr vollendet.

⁴ Für Kinder, die sich gemäss AHVG⁴ in Ausbildung befinden oder zu mindestens 70 Prozent invalid sind, erlischt der Anspruch auf eine Waisenrente mit dem Abschluss der Ausbildung oder mit dem Ende der Invalidität, spätestens jedoch am Ende des Monats, in dem das Kind das 25. Altersjahr vollendet.

Art. 43 Höhe der Waisenrente

¹ Die Waisenrente beträgt:

- a. 15 Prozent der versicherten Invalidenrente beim Tod von versicherten Mitarbeitenden;
- b. 15 Prozent der zuletzt bezogenen Invaliden- oder Altersrente beim Tod von Rentenbeziehenden.

² Vollwaisen sowie Waisen, deren überlebender Elternteil keinen Anspruch auf eine Ehegattenrente hat, erhalten die doppelte Waisenrente.

³ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR⁵ ist die Höhe der Waisenrente beim massgebenden Vorsorgeplan im Anhang geregelt.

¹ Alters- und Hinterlassenenversicherung

² Eidgenössische Invalidenversicherung

³ SR 210

⁴ SR 831.10

⁵ SSSB 153.21

6. Kapitel: Todesfallkapital

Art. 44 Anspruchsberechtigte

¹ Sterben versicherte Mitarbeitende, ohne dass ein Anspruch auf Hinterlassenenleistungen an Ehegatten, Lebenspartner oder geschiedene Ehegatten gemäss den Bestimmungen des vorherigen Kapitels dieser Verordnung entsteht, wird ein Todesfallkapital fällig.

² Das Todesfallkapital wird - unabhängig vom Erbrecht - nach folgender, nicht änderbarer Rangordnung an folgende Personen ausgerichtet:

- a. überlebende Ehegatten oder eingetragene Partnerinnen und Partner; bei deren Fehlen:
- b. ...¹
- c. natürliche Personen, die von der verstorbenen versicherten Person nachweislich in erheblichem Masse unterstützt worden sind oder Lebenspartnerinnen und Lebenspartner, die gemäss Artikel 39 Absatz 4 dieser Verordnung Anspruch auf das Todesfallkapital haben; bei deren Fehlen:²
- d. die Kinder der versicherten Person.³

³ Die versicherten Mitarbeitenden können in einer, der PVK zu Lebzeiten einzureichenden schriftlichen Erklärung die Aufteilung des Todesfallkapitals unter mehreren Begünstigten der gleichen Begünstigtenkategorie zu unterschiedlichen Teilen bestimmen. Sofern keine gültige schriftliche Erklärung vorliegt, erfolgt die Aufteilung des Todesfallkapitals unter mehreren Anspruchsberechtigten der gleichen Begünstigtenkategorie zu gleichen Teilen.

⁴ Die Anspruchsberechtigten müssen ihren Anspruch spätestens 6 Monate nach dem Tod der versicherten Mitarbeitenden gegenüber der PVK geltend machen. Nicht zur Auszahlung gelangende Teile des Todesfallkapitals fallen an die PVK.

Art. 45 Höhe des Todesfallkapitals

¹ Das Todesfallkapital entspricht der Austrittsleistung gemäss Artikel 53 dieser Verordnung.

² Für Ehegatten, welche die Voraussetzungen von Artikel 37 dieser Verordnung nicht erfüllen, entspricht das Todesfallkapital mindestens jedoch dem dreifachen Betrag der Ehegatten-Jahresrente gemäss Artikel 38 dieser Verordnung.

³ Sämtliche von der PVK ausgerichteten Renten werden an das Todesfallkapital angerechnet.

⁴ Ein Saldo auf dem Konto Auskauf von Rentenkürzungen wird dem Todesfallkapital hinzugerechnet.

⁵ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR⁴ ist die Höhe der Ehegattenrente oder der Kapitalabfindung im Anhang zum massgebenden Vorsorgeplan geregelt.

¹ aufgehoben gemäss Verwaltungskommissionbeschluss vom 12. September 2019

² geändert gemäss Verwaltungskommissionbeschlüssen vom 28. Juni 2018 und 12. September 2019

³ geändert gemäss Verwaltungskommissionbeschluss vom 12. September 2019

⁴ SSSB 153.21

7. Kapitel: Vorsorgeausgleich bei Ehescheidung oder gerichtliche Auflösung der eingetragenen Partnerschaft

Art. 46 Allgemeine Bestimmungen

¹ Die Bestimmungen zum Vorsorgeausgleich gelten gleichermassen für die Ehe und die eingetragene Partnerschaft.

² Für den Vorsorgeausgleich bei Scheidung oder eingetragener Partnerschaft gelten die massgebenden bundesrechtlichen Bestimmungen (ZGB¹, ZPO², BVG³ und FZG⁴ samt Ausführungsbestimmungen).

³ Die während der Ehe bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens erworbenen Ansprüche aus der beruflichen Vorsorge werden bei der Ehescheidung ausgeglichen.

⁴ Ein zugunsten der versicherten Mitarbeitenden infolge Scheidung überwiesener Anteil der Austrittsleistung oder ein als lebenslange Rente oder in Kapitalform übertragener Rentenanteil wird in vollem Umfang dem Sparguthaben gutgeschrieben. Das Altersguthaben gemäss BVG wird um jenen Betrag erhöht, um den das Altersguthaben gemäss BVG der ausgleichspflichtigen Person herabgesetzt wurde.

⁵ Der Anspruch auf eine Alters- oder Invaliden-Kinderrente, der im Zeitpunkt der Einleitung des Ehescheidungsverfahrens besteht, wird vom Vorsorgeausgleich nicht berührt. Wurde eine Kinderrente nicht berührt, so wird die Waisenrente auf denselben Grundlagen berechnet.

Art. 47 Vorsorgeausgleich bei Ehescheidung vor Eintritt des Vorsorgefalls

¹ Die während der Dauer der Ehe erworbene Austrittsleistung von versicherten Mitarbeitenden, bei denen bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Ehescheidungsverfahrens noch kein Vorsorgefall eingetreten ist, wird die während der Dauer der Ehe erworbene Austrittsleistung hälftig geteilt. Die zu teilende Austrittsleistung berechnet sich nach den Artikeln 15-17 und 22a oder 22b FZG⁵.

² Ist die PVK aufgrund eines Gerichtsurteils betreffend Ehescheidung zur Überweisung der gesamten oder eines Teils der Austrittsleistung von versicherten Mitarbeitenden verpflichtet, wird das Sparguthaben entsprechend gekürzt.

³ Das BVG-Mindestguthaben sowie das Guthaben gemäss Artikel 17 FZG⁶ werden im Verhältnis des auszurichtenden Kapitals zum Gesamtkapital gekürzt.

⁴ Der überwiesene Betrag kann ganz oder teilweise wieder eingekauft werden, wobei Artikel 8 dieser Verordnung sinngemäss anwendbar ist. Bei einem Wiedereinkauf wird das Altersguthaben gemäss BVG im selben Verhältnis wie bei der Herabsetzung erhöht.

¹ SR 210

² Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008; Zivilprozessordnung; ZPO; SR 272

³ SR 831.40

⁴ Bundesgesetz über die Freizügigkeit in der beruflichen Alter-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge; Freizügigkeitsgesetz; FZG; SR 831.42

⁵ SR 831.42

⁶ SR 831.42

Art. 48 Vorsorgeausgleich bei Bezug einer Invalidenrente vor dem ordentlichen Rentenalter

¹ Zum Vorsorgeausgleich von versicherten Mitarbeitenden, bei denen bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Ehescheidungsverfahrens der Vorsorgefall Invalidität eingetreten und das ordentliche Rentenalter noch nicht erreicht worden ist, kann ein Teil der hypothetischen Austrittsleistung übertragen werden.

² Wird ein Teil der hypothetischen Austrittsleistung von versicherten Mitarbeitenden zugunsten geschiedener Ehegatten übertragen, führt dies zu einer Reduktion dieser Austrittsleistung und der künftigen Altersrente. Die Invalidenrente wird durch den Vorsorgeausgleich in ihrer Höhe nicht berührt.

Art. 49 Vorsorgeausgleich bei Erreichen des Rentenalters während des Scheidungsverfahrens

¹ Tritt während des Ehescheidungsverfahrens bei versicherten Mitarbeitenden der Vorsorgefall Alter ein oder erreichen Rentenbeziehende von Invalidenleistungen das ordentliche Rentenalter, wird für den Vorsorgeausgleich die (hypothetische) Austrittsleistung geteilt, die bis zum Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens erworben wurde.

² Die PVK kürzt die Leistungen nach Artikel 19g FZV¹. Die Kürzung entspricht der Summe, um welche die Rentenzahlungen bis zur Rechtskraft des Scheidungsurteils tiefer ausgefallen wären, wenn ihrer Berechnung ein um den übertragenen Teil der (hypothetischen) Austrittsleistung vermindertes Sparguthaben zugrunde gelegt worden wäre. Die Kürzung wird je hälftig auf die beiden Ehegatten verteilt. Zusätzlich wird die Altersrente ab Rechtskraft des Scheidungsurteils gekürzt. Die Kürzung wird nach den reglementarischen Bestimmungen berechnet, die der Berechnung der Altersrente zugrunde liegen. Die Invalidenrente wird durch den Vorsorgeausgleich in ihrer Höhe nicht berührt.

Art. 50 Vorsorgeausgleich bei Bezug einer Altersrente

¹ Beziehen versicherte Mitarbeitende im Zeitpunkt der Einleitung des Scheidungsverfahrens eine Altersrente, entscheidet das Scheidungsgericht über die Teilung der Rente.

² Der den berechtigten Ehegatten zugesprochene Rentenanteil wird in eine lebenslange Rente umgerechnet. Spätestens vor der ersten Rentenüberweisung kann mit der PVK vereinbart werden, dass die lebenslange Rente in Kapitalform ausgerichtet wird.

³ Die lebenslange Rente oder deren Kapital wird von der PVK den berechtigten Ehegatten ausbezahlt oder in deren Vorsorge übertragen. Die ausbezahlte oder übertragene lebenslange Rente der PVK gehört nicht zur gestützt auf den Vorsorgeplan nach dem Tod einer rentenbeziehenden Person ausgerichteten laufenden Rente (Artikel 37 Absatz 1, Artikel 39 Absatz 1, Artikel 41 Absatz 1 und Artikel 42 Absatz 1 dieser Verordnung) und löst keinen Anspruch auf weitere Leistungen der PVK aus.

4. Titel: Austrittsleistung

Art. 51 Anspruch auf die Austrittsleistung

¹ Versicherte Mitarbeitende, welche die PVK verlassen, bevor ein Vorsorgefall eintritt, haben Anspruch auf eine Austrittsleistung.

¹ SR 831.425

² Versicherte Mitarbeitende, deren Vorsorgeverhältnis nach dem 58., aber vor Vollendung des 65. Altersjahres aus einem anderen Grund als Invalidität oder Tod endet, können die Überweisung einer Austrittsleistung verlangen, wenn sie die Erwerbstätigkeit weiterführen oder als arbeitslos gemeldet sind.

³ Haben versicherte Personen das 65. Altersjahr vollendet, können sie die Überweisung der Austrittsleistung nur verlangen, wenn sie gemäss dem Reglement der Vorsorgeeinrichtung der neuen Arbeitgeberin in die Versicherung aufgenommen werden und die Vorsorge gemäss Artikel 33b BVG¹ weiterführen. Die versicherten Mitarbeitenden haben innerhalb von 60 Tagen nach dem Austritt bei der PVK den Nachweis der neuen Vorsorgeeinrichtung über die Versicherung nach Artikel 33b BVG einzureichen. Erfolgt der Nachweis nicht fristgerecht, werden die Altersleistungen unwiderruflich ausgerichtet. Ein Teilbezug der Austrittsleistung ist nicht möglich.

⁴ Rentenbeziehende, deren Rente der Invalidenversicherung nach Verminderung des Invaliditätsgrades herabgesetzt oder aufgehoben wird, haben am Ende der provisorischen Weiterversicherung und Aufrechterhaltung des Leistungsanspruchs gemäss Artikel 26a BVG Anspruch auf eine Austrittsleistung.

⁵ Die Austrittsleistung wird bei Beendigung des Vorsorgeverhältnisses fällig. Ab diesem Zeitpunkt wird sie zum BVG-Mindestzinssatz verzinst. Überweist die PVK die Leistung nicht innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt aller für die Überweisung notwendigen Informationen, schuldet sie ab diesem Zeitpunkt einen Verzugszins gemäss Artikel 7 der Verordnung vom 3. Oktober 1994 über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen und Invalidenvorsorge² (Anhang 1 Ziffer 2 Absatz 6).

Art. 52 Verwendung der Austrittsleistung

¹ Gehen versicherte Mitarbeitende ein Arbeitsverhältnis mit einer neuen Arbeitgeberin ein, überweist die PVK die Austrittsleistung gemäss den Angaben der versicherten Mitarbeitenden an die neue Vorsorgeeinrichtung. Der Wechsel zu einer anderen Arbeitgeberin, die der PVK angeschlossen ist, gilt nicht als Freizügigkeitsfall.

² Gehen versicherte Mitarbeitende kein Arbeitsverhältnis bei einer neuen Arbeitgeberin ein, können sie zwischen dem Abschluss einer Freizügigkeitspolice oder der Eröffnung eines Freizügigkeitskontos wählen. Die Austrittsleistung kann maximal auf zwei verschiedene Freizügigkeitseinrichtungen übertragen werden.

³ Bleibt die Mitteilung aus, überweist die PVK die Austrittsleistung spätestens zwei Jahre nach dem Austritt der Stiftung Auffangeinrichtung.

⁴ Muss die PVK Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen erbringen, nachdem sie die Austrittsleistung an eine andere Vorsorge- oder Freizügigkeitseinrichtung überwiesen hat, ist ihr diese Austrittsleistung soweit zurückzuerstatten, als diese zur Auszahlung der Hinterlassenen- oder Invalidenleistungen notwendig ist. Die PVK kürzt die Hinterlassenen- und Invalidenleistungen, soweit die Rückerstattung unterbleibt.

Art. 53 Höhe der Austrittsleistung

¹ Die Austrittsleistung entspricht dem höchsten der drei folgenden Beträge:

- a. dem bei Beendigung des Vorsorgeverhältnisses vorhandenen Sparguthaben, wobei ausstehende Beiträge, die durch die versicherten Mitarbeitenden zu leisten sind,

¹ SR 831.40

² SR 831.425

PVV

mit der Austrittsleistung verrechnet werden können sowie dem Guthaben auf dem Konto Auskauf von Rentenkürzungen;

- b. dem Mindestbetrag nach Artikel 17 FZG¹, nämlich:
der Summe aller freiwilligen Einkäufe und der eingebrachten Austrittsleistungen samt Zinsen, zuzüglich der Sparbeiträge der versicherten Mitarbeitenden samt Zinsen mit einem Zuschlag von vier Prozent für jedes Jahr nach dem 20. Altersjahr (höchstens jedoch 100 Prozent). Für die von der versicherten Person bezahlten Arbeitgebendensparbeiträge während der Weiterversicherung des bisherigen versicherten Lohns gemäss Artikel 59 dieser Verordnung besteht kein Anspruch auf den Zuschlag von vier Prozent pro Altersjahr;
- c. dem Altersguthaben nach BVG².

² Der Zinssatz entspricht dem BVG-Mindestzinssatz. Wird während der Dauer einer Unterdeckung das Sparguthaben mit einem geringeren als dem BVG-Mindestzinssatz verzinst, ist für die Berechnung des Mindestbetrages gemäss Artikel 17 FZG³ der Zinssatz massgebend, mit dem das Sparguthaben verzinst wird.

Art. 54 Barauszahlung

¹ Im Rahmen der massgebenden internationalen Staatsverträge können versicherte Mitarbeitende die Barauszahlung ihrer Austrittsleistung verlangen:

- a. wenn sie die Schweiz und Liechtenstein endgültig verlassen; vorbehalten bleibt Artikel 25f FZG⁴;
- b. wenn sie im Haupterwerb nachweislich eine selbständige Erwerbstätigkeit aufnehmen und der obligatorischen beruflichen Vorsorge nicht mehr unterstellt sind;
- c. wenn der Betrag der Austrittsleistung kleiner ist als der Jahresbeitrag der versicherten Mitarbeitenden bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

² Die Barauszahlung an versicherte Mitarbeitende, die verheiratet sind oder in eingetragener Partnerschaft leben, ist nur zulässig, wenn ihre Partnerinnen und Partner aus Ehe oder eingetragener Partnerschaft bei der PVK persönlich vorsprechen und schriftlich zustimmen oder die Unterschrift auf eigene Kosten amtlich beglaubigen lassen.

³ Die PVK kann alle ihr erforderlich erscheinenden Nachweise einfordern und die Barauszahlung aufschieben, bis sie vorliegen.

5. Titel: Wohneigentumsförderung (WEF)

Art. 55 Vorbezug und Verpfändung

¹ Versicherte Mitarbeitende können bis drei Jahre vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters gemäss massgebendem Vorsorgeplan einen Betrag für Wohneigentum zum eigenen Bedarf vorbeziehen oder verpfänden.⁵

² Der Betrag für einen Vorbezug oder eine Verpfändung ist bis maximal zur Höhe der Austrittsleistung möglich. Haben versicherte Mitarbeitende das 50. Altersjahr überschritten, dürfen sie höchstens den grösseren der folgenden beiden Beträge beanspruchen:

¹ SR 831.42

² SR 831.40

³ SR 831.42

⁴ SR 831.42

⁵ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 27. Juni 2019

- a. den im Alter 50 ausgewiesenen Betrag der Austrittsleistung, erhöht um die nach dem Alter 50 vorgenommenen Rückzahlungen und vermindert um den Betrag, der aufgrund von Vorbezügen und Pfandverwertungen nach dem Alter 50 für das Wohneigentum eingesetzt worden ist;
- b. die Hälfte der Differenz zwischen der Austrittsleistung im Zeitpunkt des Vorbezugs und der für das Wohneigentum in diesem Zeitpunkt bereits eingesetzten Austrittsleistung.

³ Der Vorbezug kann alle 5 Jahre geltend gemacht werden, wobei der jeweilige Mindestbetrag 20 000 Franken beträgt. Dieser gilt nicht für den Erwerb von Anteilscheinen an einer Wohnbaugenossenschaft und ähnlichen Beteiligungen.

⁴ Der Vorbezug, die Verpfändung und jede nachfolgende Begründung eines Grundpfandrechts durch versicherte Mitarbeitende, die verheiratet sind oder in eingetragener Partnerschaft leben, sind nur zulässig, wenn ihre Partnerinnen und Partner aus Ehe oder eingetragener Partnerschaft bei der PVK persönlich vorsprechen und schriftlich zustimmen oder die Unterschrift auf eigene Kosten amtlich beglaubigen lassen.

⁵ Die PVK zahlt den Vorbezug spätestens 6 Monate seit Geltendmachung aus.

⁶ Bei Auszahlung eines Vorbezugs oder der Verwertung eines Pfandes werden das Sparguthaben herabgesetzt und die versicherten Leistungen entsprechend gekürzt. Für die Reduktion der Guthaben gilt Artikel 50 Absatz 1 und 2 dieser Verordnung sinngemäss.

⁷ Für Vorbezüge und Verpfändungen kann die PVK Gebühren erheben.

Art. 56 Rückzahlung des Vorbezugs

¹ Der Vorbezug kann zurückbezahlt werden:

- a. bis unmittelbar vor dem Zeitpunkt der Pensionierung;
- b. bis zum Eintreten eines anderen Vorsorgefalls oder bis zum Austritt aus der PVK.

² Der Vorbezug muss zurückbezahlt werden:

- a. wenn das Wohneigentum bis drei Jahre vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters gemäss massgebendem Vorsorgeplan veräussert wird;¹
- b. wenn beim Tod von versicherten Mitarbeitenden bis drei Jahre vor dem Erreichen des ordentlichen Rentenalters gemäss massgebendem Vorsorgeplan keine Vorsorgeleistungen fällig werden.²

³ Der Mindestbetrag für eine Rückzahlung beträgt Fr. 10 000.00. Ist der ausstehende Vorbezug kleiner als Fr. 10 000.00, ist die Rückzahlung in einem Betrag zu leisten.

⁴ Mit dem zurückbezahlten Betrag wird das Sparguthaben erhöht.

Art. 57 Weitere Bestimmungen zum Vorbezug

¹ Die PVK meldet den Vorbezug oder die Pfandverwertung des Vorsorgeguthabens und die Rückzahlung des Vorbezugs der Eidgenössischen Steuerverwaltung.

² Für die Rückforderung bezahlter Steuern bei der Steuerverwaltung sind die versicherten Mitarbeitenden zuständig.

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 27. Juni 2019

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 27. Juni 2019

PVV

³ Die PVK meldet dem Grundbuchamt die durch den Vorbezug entstandene Veräusserungsbeschränkung als Anmerkung im Grundbuch.

⁴ Bei vollständiger Rückzahlung des Vorbezugs oder beim Altersrücktritt lässt die PVK die Veräusserungsbeschränkung im Grundbuch löschen.¹

⁵ Die Kosten der Anmerkung und Löschung gehen zu Lasten der versicherten Mitarbeitenden.

⁶ Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge sowie deren Ausführungsbestimmungen².

6. Titel: Spezielle Vorsorgeverhältnisse

Art. 58 Versicherung bei unbezahltem Urlaub

¹ Beträgt der unbezahlte Urlaub höchstens einen Monat, bleibt für die versicherten Mitarbeitenden der volle Vorsorgeschutz auf Basis des versicherten Lohns vor dem Urlaub erhalten. Die reglementarischen Beiträge müssen weiterhin entrichtet werden.

² Beträgt der unbezahlte Urlaub mehr als einen Monat, bleiben versicherte Mitarbeitende für die Risiken Invalidität und Tod sowie für den Anspruch auf die AHV-Überbrückungsrente gemäss Artikel 26 dieser Verordnung versichert. Sie haben während dieser Zeit die gesamten Risikobeiträge und die Beiträge für die AHV-Überbrückungsrente zu bezahlen. Diese Beiträge werden spätestens bei Beendigung des Urlaubs fällig und der Arbeitgeberin im Rahmen des Inkassos in Rechnung gestellt. Das Sparguthaben wird während des Urlaubs verzinst. Dem Sparguthaben werden keine Spargutschriften gutgeschrieben.³

³ Arbeiten versicherte Mitarbeitende während des unbezahlten Urlaubs im versicherungspflichtigen Umfang bei einer anderen Arbeitgeberin, die der PVK angeschlossen ist, werden sie für diese Anstellung gemäss den Bestimmungen dieser Verordnung versichert. Die Risikoversicherung gemäss Absatz 2 entfällt.

⁴ Erfolgt die Anstellung während des unbezahlten Urlaubs durch eine nicht der PVK angeschlossene Arbeitgeberin, endet die Versicherungspflicht der PVK mit der Neuanstellung. Die Austrittsleistung wird gemäss Artikel 47 ff dieser Verordnung an die neue Vorsorgeeinrichtung übertragen, sofern kein Anspruch auf Altersleistungen gemäss Artikel 23 ff dieser Verordnung entsteht.

⁵ Versicherte Mitarbeitende können die bei der PVK entstandene Versicherungslücke gemäss Artikel 8 dieser Verordnung voll oder teilweise wieder einkaufen.⁴

Art. 59 Weiterversicherung bei Herabsetzung des Lohns

¹ Die versicherten Mitarbeitenden können ihren bisherigen versicherten Lohn im Falle einer Reduktion des massgebenden Jahreslohns auf freiwilliger Basis weiterversichern, sofern folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 2. Mai 2019

² Verordnung vom 3. Oktober 1994 über die Wohneigentumsförderung mit Mitteln der beruflichen Vorsorge; WEFV; SR 831.411

³ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 2. Mai 2019

⁴ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 2. Mai 2019

- a. die Versicherungspflicht gemäss Artikel 5 PVR¹ besteht weiterhin;
- b. bei der Reduktion des versicherten Lohns muss das 58. Altersjahr vollendet sein;
- c. die Reduktion des massgebenden Jahreslohns gemäss Artikel 14 PVR² beträgt höchstens 50 Prozent;
- d. die versicherte Person beantragt auf der Reduktion des versicherten Lohns keine Teilpensionierung gemäss Artikel 23 dieser Verordnung.

² Eine Weiterversicherung des versicherten Lohns ist längstens bis zum Erreichen des 63. Altersjahrs möglich.

³ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR³ ist die Weiterversicherung des versicherten Lohns bis längstens zum Erreichen des ordentlichen Rücktrittsalters des massgebenden Vorsorgeplans möglich.

⁴ Ist die Voraussetzung gemäss Absatz 1 Buchstaben b zum Zeitpunkt der Reduktion des versicherten Lohns nicht erfüllt, ist die Weiterversicherung des bisherigen Lohns für höchstens zwei Jahre nach der Entstehung möglich.

⁵ Auf dem freiwillig beibehaltenen Teil des versicherten Lohns haben versicherte Mitarbeitende sowohl die Arbeitnehmenden- wie auch die Arbeitgeberinnenbeiträge gemäss laufender Anstellung zu entrichten. Die PVK stellt die Beiträge für die Weiterversicherung des bisherigen versicherten Lohns zusammen mit den restlichen Beiträgen der Arbeitgeberin im Rahmen des Inkassos in Rechnung.

⁶ Lohn- und Beschäftigungsgraderhöhungen führen zur Verminderung des weiterversicherten Lohns. Der maximale versicherte Lohn bleibt bis zur Auflösung der Weiterversicherung unverändert.

⁷ Versicherte Mitarbeitende müssen die Weiterversicherung 30 Tage nach der Reduktion des versicherten Lohns beantragen. Sie können die Weiterversicherung auf Ende jeden Monats, unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 30 Tagen, schriftlich kündigen.

Art. 60 Rentenaufschub und Weiterführung der Vorsorge

¹ Arbeiten versicherte Mitarbeitende nach Erreichen des im massgebenden Vorsorgeplan vorgesehenen ordentlichen Rücktrittsalters weiter, wird der Bezug der Altersrente aufgeschoben. Der Rentenaufschub dauert bis zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit, längstens jedoch bis zur Vollendung des 70. Altersjahres. Eine Teilpensionierung ist in sinngemässer Anwendung von Artikel 26 dieser Verordnung möglich.

² Invalidenleistungen sind während des Rentenaufschubes nicht mehr versichert.

³ Das Sparguthaben wird während des Rentenaufschubes weiterhin verzinst. Geleistete Sparbeiträge werden dem Sparguthaben gutgeschrieben.

⁴ Der für die Berechnung der Altersleistung massgebende Umwandlungssatz entspricht der Tabelle in Anhang 1 Ziffer 3.

⁵ Werden Altersrentenbeziehende der PVK nach deren Pensionierung wieder beschäftigt, so ist diese Wiederbeschäftigung bei der PVK zu versichern, wenn die Voraussetzungen für die obligatorische Versicherung nach BVG erfüllt sind. Liegt der AHV-pflichtige Lohn

¹ SSSB 153.21

² SSSB 153.21

³ SSSB 153.21

PVV

unter der Eintrittsschwelle nach BVG, besteht kein Anspruch auf Versicherung, auch wenn das Arbeitspensum 20 Prozent eines Vollzeitpensums oder mehr entspricht.

⁶ Altersrentenbeziehende, die nach Absatz 5 im Rahmen der Wiederbeschäftigung wieder versichert werden, können den Bezug der zusätzlich erworbenen Altersrente gemäss Absatz 1 aufschieben. Die Beitragspflicht endet jedoch in jedem Fall am Ende des Monats, indem das AHV-Rentenalter erreicht wird.

7. Titel: Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 61 Vorsorgefälle bei Inkrafttreten dieser Verordnung

Endet das Anstellungsverhältnis von versicherten Mitarbeitenden am Tag vor Inkrafttreten dieser Verordnung ganz oder teilweise aus Altersgründen, wird der am Tag des Inkrafttretens dieser Verordnung entstehende Anspruch auf eine Altersrente oder Teil-Altersrente nach dem bisherigem Recht berechnet.

Art. 62 Individuelle Übergangseinlage

¹ Für die individuelle Übergangseinlage gelten die Bestimmungen gemäss Artikel 35 ff PVR¹.

² Bei versicherten Mitarbeitenden, die höchstens ein Jahr vor Inkrafttreten dieser Verordnung in die Versicherung aufgenommen wurden und bei denen die Übertragung der Austrittsleistung von Vorsorgeeinrichtungen und Guthaben von Freizügigkeitseinrichtungen oder Freizügigkeitspolice in der Schweiz weniger als ein Jahr nach Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgt, kann die PVK die individuelle Übergangseinlage neu berechnen.

Art. 63 Unbezahlter Urlaub

¹ Für versicherte Mitarbeitende, die sich bei Inkrafttreten dieser Verordnung im unbezahlten Urlaub befinden, wird der versicherte Lohn mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung gemäss neuem Recht berechnet.

² Der Risikobeitrag und der Beitrag für die AHV-Überbrückungsrente richten sich ab Inkrafttreten dieser Verordnung nach den Beitragssätzen gemäss Anhang 2 Ziffer 3.²

³ Bei vom Standardvorsorgeplan abweichenden Vorsorgeplänen gemäss Artikel 6 Absatz 2 und 3 PVR³ sind der Risikobeitrag und der Beitrag für die AHV-Überbrückungsrente beim massgebenden Vorsorgeplan im Anhang festgelegt.⁴

Art. 64 Rückwirkende Mutationen vor Inkrafttreten dieser Verordnung

¹ Mutationen von Lohndaten durch die Arbeitgeberin, die nach Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgen, jedoch für eine Zeitperiode vor Inkrafttreten dieser Verordnung gelten, werden bei Eintritten und Austritten generell berücksichtigt.

² Alle übrigen rückwirkenden Mutationen sind ausnahmsweise möglich, bedürfen aber eines begründeten Gesuchs durch die Arbeitgeberin, dem die versicherten Mitarbeitenden zustimmen müssen. Die PVK entscheidet über das Gesuch.

¹ SSSB 153.21

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 2. Mai 2019

³ SSSB 153.21

⁴ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 2. Mai 2019

Art. 65 Weiterversicherung

¹ Versicherte Mitarbeitende, die bei Lohnreduktion ihren versicherten Lohn gemäss bisherigem Recht beibehielten, können diese Weiterversicherung unter Anwendung von Artikel 59 dieser Verordnung weiterführen.

² Der freiwillig versicherte Lohn wird bei Inkrafttreten dieser Verordnung als Bestandteil des versicherten Lohns, unter Einbezug des nach neuem Recht berechneten Koordinationsbetrags, neu ermittelt.

Art. 66 Abweichende Vorsorgepläne

Für die versicherten Mitarbeitenden von Arbeitgeberinnen, die bereits vor Inkrafttreten dieser Verordnung bei der PVK angeschlossen waren, dürfen abweichende Vorsorgepläne nur im Einverständnis mit dem Personal oder der allfälligen Arbeitnehmervertretung der betreffenden Arbeitgeberin und im Rahmen eines neuen Anschlussvertrages vereinbart werden.

Art. 67 Übergangsregelung für Frauen

¹ Die Übergangsregelung für Frauen gemäss Artikel 39 des Personalvorsorgereglements vom 1. März 2012¹ wird durch die Absätze 2-4 dieser Bestimmung abgelöst.

² Jenen Frauen, die seit dem 1. Juli 1990 ohne Unterbruch Mitglied der PVK waren und die nach bisherigem Recht den maximalen Rentenanspruch mit vollendetem 62. Altersjahr erworben hätten, wird eine Zusatzgutschrift auf ihren Altersguthaben gewährt.

³ Die Zusatzgutschrift im Einzelfall entspricht dem per 31. Dezember 2017 kapitalisierten Barwert der Rentendifferenz zwischen der anwartschaftlichen Altersrente im Alter 63 und jener im Alter 62. Die Berechnung erfolgt nach den massgebenden Bestimmungen dieses Reglements.

⁴ Für die Ausrichtung der Zusatzgutschrift gelten die Bestimmungen zur Übergangseinlage gemäss Artikel 37 PVR² sinngemäss.

Art. 68 Individuelles Sparkonto

Vor Inkrafttreten dieser Verordnung vorhandene Guthaben auf dem individuellen Sparkonto von versicherten Mitarbeitenden werden nach Berechnung der Übergangseinlage deren neuen Sparkonten gutgeschrieben.

Art. 68a Senkung des Umwandlungssatzes auf den 1. Januar 2019³

¹ Der Umwandlungssatz von Artikel 24 Absatz 1 wird gemäss Anhang 1 Ziffer 3 auf den 1. Januar 2019 gesenkt.

² Die am 31. Dezember 2018 wie auch am 1. Januar 2019 in der PVK versicherten Mitarbeitenden erhalten am 1. Januar 2019 eine einmalige Gutschrift auf ihrem Sparguthaben.

³ Die Gutschrift gleicht die Leistungseinbusse ganz aus, die durch die Anwendung des neuen Umwandlungssatzes beim Erreichen des ordentlichen Rentenalters (gemäss Standardvorsorgeplan im Alter 63, gemäss Vorsorgeplan A1/65 im Alter 65) entsteht.

¹ SSSB 153.21

² SSSB 153.21

³ eingefügt gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

PVV

Art. 69 Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2018 in Kraft.

² Sie ersetzt die Verordnung vom 30. März 2012¹ über die Personalvorsorgekasse der Stadt Bern.

Bern, 1. Dezember 2017

Namens der Verwaltungskommission der Personalvorsorgekasse der Stadt Bern

Der Präsident:

Michael Aebersold

Der Vizepräsident:

Michel Berger

¹ PVV

Änderungen

| <i>Datum der Änderung</i> | <i>Erlass (Titel)</i> | <i>Geänderte Artikel</i> | <i>Inkrafttreten</i> |
|---------------------------|----------------------------------|---|----------------------|
| 22. Dezember 2017 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Anhang 3 (neu) | 1. Januar 2018 |
| 28. Juni 2018 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Art. 24 Abs. 2; Art. 28 Abs. 3; Art. 30 Abs. 5; Art. 39 Abs. 1 bis 4; Art. 44 Abs. 2 lit. c; Art. 56 Abs. 2; Anhang 3 Ziff. 3.3 | 1. Januar 2018 |
| 22. Oktober 2018 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Anhang 3 Ziff. 9 | 1. November 2018 |
| 22. Oktober 2018 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Art. 68a (neu); Anhang 1 Ziff. 1 Abs. 1 bis 3; Ziff. 2 Abs. 7; Ziff. 3; Anhang 3 Ziff. 1.1; Ziff. 5.1 | 1. Januar 2019 |
| 7. März 2019 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Anhang 1 Ziff. 2 Abs. 3a (neu) | 1. Januar 2019 |
| 2. Mai 2019 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Art. 57 Abs. 4; Art. 58 Abs. 2 und 5; Art. 63 Abs. 2 bis 3 | 1. Juli 2019 |
| 27. Juni 2019 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Art. 30 Abs. 2; Art. 55 Abs. 1; Art. 56 Abs. 2; Anhang 3 Ziff. 3.3a (neu); Ziff. 5.1 | 1. Juli 2019 |
| 12. September 2019 | Personalvorsorgeverordnung (PVV) | Art. 44 Abs. 2 lit. b-d | 1. Januar 2020 |

Anhang 1 Parameter, Zins-, Umwandlungs- und Kürzungssätze

Ziffer 1 Allgemeine Parameter

¹ Die Eintrittsschwelle gemäss Artikel 2 entspricht der Eintrittsschwelle gemäss BVG:

| | | |
|--|-----|-----------|
| 01.01.2018 bis 31.12.2018 | Fr. | 21 150.00 |
| 01.01.2019 bis auf weiteres ¹ | Fr. | 21 330.00 |

² Der obere Grenzbetrag gemäss Artikel 14 Abs. 6 PVR für die Begrenzung des massgebenden Jahreslohns beträgt:

| | | |
|--|-----|------------|
| 01.01.2018 bis 31.12.2018 | Fr. | 846 000.00 |
| 01.01.2019 bis auf weiteres ² | Fr. | 853 200.00 |

³ Der Koordinationsbetrag gemäss Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe b PVR zur Berechnung des versicherten Lohns beträgt:

| | | |
|--|-----|-----------|
| 01.01.2018 bis 31.12.2018 | Fr. | 24 675.00 |
| 01.01.2019 bis auf weiteres ³ | Fr. | 24 885.00 |

Ziffer 2 Zinssätze

¹ Der unterjährige Zinssatz für das Sparguthaben gemäss Artikel 6 beträgt:

| | |
|-----------------------------|--------------|
| 01.01.2018 bis auf weiteres | 2.75 Prozent |
|-----------------------------|--------------|

² Der Jahresendzinssatz für das Sparguthaben gemäss Artikel 6 beträgt:

| | |
|-----------------------------|--------------|
| 01.01.2018 bis auf weiteres | 2.75 Prozent |
|-----------------------------|--------------|

³ Der Zinssatz für die Projektion des Sparguthabens gemäss Artikel 6 beträgt:

| | |
|-----------------------------|--------------|
| 01.01.2018 bis auf weiteres | 1.00 Prozent |
|-----------------------------|--------------|

^{3a} Der Zinssatz für die Projektion der einmaligen Gutschrift gemäss Artikel 68a beträgt:

| | |
|--|--------------|
| 01.01.2019 bis auf weiteres ⁴ | 2.75 Prozent |
|--|--------------|

⁴ Der unterjährige Zinssatz für das Konto Auskauf von Rentenkürzungen gemäss Artikel 25 beträgt:

| | |
|-----------------------------|--------------|
| 01.01.2018 bis auf weiteres | 2.75 Prozent |
|-----------------------------|--------------|

⁵ Der Jahresendzinssatz für das Konto Auskauf von Rentenkürzungen gemäss Artikel 25 beträgt:

| | |
|-----------------------------|--------------|
| 01.01.2018 bis auf weiteres | 2.75 Prozent |
|-----------------------------|--------------|

⁶ Der Zinssatz für die Projektion des Kontos Auskauf von Rentenkürzungen gemäss Artikel 25 beträgt:

| | |
|-----------------------------|--------------|
| 01.01.2018 bis auf weiteres | 2.75 Prozent |
|-----------------------------|--------------|

⁷ Der technische Zinssatz beträgt:

| | |
|--|--------------|
| 01.01.2018 bis 31.12.2018 | 2.75 Prozent |
| 01.01.2019 bis auf weiteres ⁵ | 2.50 Prozent |

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

³ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

⁴ eingefügt gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 7. März 2019

⁵ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

⁸ Der vom Bundesrat festgelegte BVG-Mindestzinssatz beträgt:

| | |
|-----------------------|--------------|
| 1985 bis 2002 | 4.00 Prozent |
| 2003 | 3.25 Prozent |
| 2004 | 2.25 Prozent |
| 2005 bis 2007 | 2.50 Prozent |
| 2008 | 2.75 Prozent |
| 2009 bis 2011 | 2.00 Prozent |
| 2012 und 2013 | 1.50 Prozent |
| 2014 und 2015 | 1.75 Prozent |
| 2016 | 1.25 Prozent |
| 2017 bis auf weiteres | 1.00 Prozent |

⁹ Der vom Bundesrat festgelegte Verzugszinssatz für die Austrittsleistungen (Artikel 7 FZV¹) beträgt:

| | |
|-----------------------|--------------|
| 1985 bis 2002 | 5.00 Prozent |
| 2003 | 4.25 Prozent |
| 2004 | 3.25 Prozent |
| 2005 bis 2007 | 3.50 Prozent |
| 2008 | 3.75 Prozent |
| 2009 bis 2011 | 3.00 Prozent |
| 2012 und 2013 | 2.50 Prozent |
| 2014 und 2015 | 2.75 Prozent |
| 2016 | 2.25 Prozent |
| 2017 bis auf weiteres | 2.00 Prozent |

¹ Freizügigkeitsverordnung; SR 831.425

PVV

Ziffer 3 Umwandlungssätze (Artikel 8 PVR und Artikel 24 PVV)

Gültig bis 31. Dezember 2018:

| <u>Alter</u> | <u>Umwandlungssatz</u> |
|--------------|------------------------|
| 58 | 5.0527 Prozent |
| 59 | 5.1611 Prozent |
| 60 | 5.2765 Prozent |
| 61 | 5.3994 Prozent |
| 62 | 5.5306 Prozent |
| 63 | 5.6709 Prozent |
| 64 | 5.8212 Prozent |
| 65 | 5.9825 Prozent |
| 66 | 6.1560 Prozent |
| 67 | 6.3430 Prozent |
| 68 | 6.5447 Prozent |
| 69 | 6.7627 Prozent |
| 70 | 6.9986 Prozent |

Gültig ab 1. Januar 2019 bis auf weiteres:¹

| <u>Alter</u> | <u>Umwandlungssatz</u> |
|--------------|------------------------|
| 58 | 4.6440 Prozent |
| 59 | 4.7520 Prozent |
| 60 | 4.8640 Prozent |
| 61 | 4.9810 Prozent |
| 62 | 5.1030 Prozent |
| 63 | 5.2320 Prozent |
| 64 | 5.3680 Prozent |
| 65 | 5.5130 Prozent |
| 66 | 5.6690 Prozent |
| 67 | 5.8360 Prozent |
| 68 | 6.0170 Prozent |
| 69 | 6.2110 Prozent |
| 70 | 6.4210 Prozent |

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

Ziffer 4 Nachfinanzierung der Überbrückungsrente**Kürzung der Altersrente bei Bezug der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente**
(Art. 27 PVV)

Kürzung der monatlichen Altersrente ab Beginn des Anspruchs auf eine AHV-Rente in Prozent der Summe der bezogenen Überbrückungsrenten 0.50 Prozent

PVV

Anhang 2 Reglementarische Vorsorgepläne

Ziffer 1 Ordentliches Rentenalter (Art. 9 PVR)

Als ordentliches Rentenalter im Standardvorsorgeplan gilt das Alter 63.

Ziffer 2 Total der Spargutschriften in Prozenten des versicherten Lohns
(Art. 6 und 15 PVR)

| Alter | Spargutschrift Standard | Spargutschrift Variante Minus | Spargutschrift Variante Plus |
|--------------|--------------------------------|--------------------------------------|-------------------------------------|
| 18 bis 22 | 0.0 | 0.0 | 0.0 |
| 23 | 14.0 | 12.0 | 16.0 |
| 24 | 14.5 | 12.5 | 16.5 |
| 25 | 15.0 | 13.0 | 17.0 |
| 26 | 15.5 | 13.5 | 17.5 |
| 27 | 16.0 | 14.0 | 18.0 |
| 28 | 16.5 | 14.5 | 18.5 |
| 29 | 17.0 | 15.0 | 19.0 |
| 30 | 17.5 | 15.5 | 19.5 |
| 31 | 18.0 | 16.0 | 20.0 |
| 32 | 18.5 | 16.5 | 20.5 |
| 33 | 19.0 | 17.0 | 21.0 |
| 34 | 19.5 | 17.5 | 21.5 |
| 35 | 20.0 | 18.0 | 22.0 |
| 36 | 20.5 | 18.5 | 22.5 |
| 37 | 21.0 | 19.0 | 23.0 |
| 38 | 21.5 | 19.5 | 23.5 |
| 39 | 22.0 | 20.0 | 24.0 |
| 40 | 22.5 | 20.5 | 24.5 |
| 41 | 23.0 | 21.0 | 25.0 |
| 42 | 23.5 | 21.5 | 25.5 |
| 43 | 24.0 | 22.0 | 26.0 |
| 44 | 24.5 | 22.5 | 26.5 |
| 45 | 25.0 | 23.0 | 27.0 |
| 46 | 25.5 | 23.5 | 27.5 |
| 47 | 26.0 | 24.0 | 28.0 |
| 48 | 26.5 | 24.5 | 28.5 |
| 49 | 27.0 | 25.0 | 29.0 |
| 50 | 27.5 | 25.5 | 29.5 |
| 51 | 28.0 | 26.0 | 30.0 |
| 52 | 28.5 | 26.5 | 30.5 |
| 53 | 29.0 | 27.0 | 31.0 |
| 54 | 29.5 | 27.5 | 31.5 |
| 55 | 30.0 | 28.0 | 32.0 |
| 56 | 30.5 | 28.5 | 32.5 |
| 57 | 31.0 | 29.0 | 33.0 |
| 58 | 31.5 | 29.5 | 33.5 |
| 59 | 32.0 | 30.0 | 34.0 |
| 60 | 32.5 | 30.5 | 34.5 |
| 61 | 33.0 | 31.0 | 35.0 |
| 62 | 33.5 | 31.5 | 35.5 |
| 63 | 34.0 | 32.0 | 36.0 |
| 64 | 34.5 | 32.5 | 36.5 |
| 65 | 35.0 | 33.0 | 37.0 |
| 66 bis 70 | 0.0 | 0.0 | 0.0 |

Ziffer 3 Beiträge¹ Spar- und Risikobeiträge in Prozenten des versicherten Lohns (Art. 15 und 17 PVR)

| BVG- Alter | AG- Spar- beitrag | AG-Bei- trag AHV- ÜR | Risiko- beitrag AG | AG gesamt | AN- Spar- beitrag | AN-Bei- trag AHV-ÜR | Risiko- beitrag AN | AN gesamt |
|-----------------------|----------------------------------|---|-----------------------------------|----------------------|----------------------------------|------------------------------------|-----------------------------------|----------------------|
| 18 bis 22 | 0.00 | 0.25 | 2.50 | 2.75 | 0.00 | 0.25 | 0.00 | 0.25 |
| 23 | 8.58 | 0.25 | 2.50 | 11.33 | 5.42 | 0.25 | 0.00 | 5.67 |
| 24 | 8.92 | 0.25 | 2.50 | 11.67 | 5.58 | 0.25 | 0.00 | 5.83 |
| 25 | 9.25 | 0.25 | 2.50 | 12.00 | 5.75 | 0.25 | 0.00 | 6.00 |
| 26 | 9.58 | 0.25 | 2.50 | 12.33 | 5.92 | 0.25 | 0.00 | 6.17 |
| 27 | 9.92 | 0.25 | 2.50 | 12.67 | 6.08 | 0.25 | 0.00 | 6.33 |
| 28 | 10.25 | 0.25 | 2.50 | 13.00 | 6.25 | 0.25 | 0.00 | 6.50 |
| 29 | 10.58 | 0.25 | 2.50 | 13.33 | 6.42 | 0.25 | 0.00 | 6.67 |
| 30 | 10.92 | 0.25 | 2.50 | 13.67 | 6.58 | 0.25 | 0.00 | 6.83 |
| 31 | 11.25 | 0.25 | 2.50 | 14.00 | 6.75 | 0.25 | 0.00 | 7.00 |
| 32 | 11.58 | 0.25 | 2.50 | 14.33 | 6.92 | 0.25 | 0.00 | 7.17 |
| 33 | 11.92 | 0.25 | 2.50 | 14.67 | 7.08 | 0.25 | 0.00 | 7.33 |
| 34 | 12.25 | 0.25 | 2.50 | 15.00 | 7.25 | 0.25 | 0.00 | 7.50 |
| 35 | 12.58 | 0.25 | 2.50 | 15.33 | 7.42 | 0.25 | 0.00 | 7.67 |
| 36 | 12.92 | 0.25 | 2.50 | 15.67 | 7.58 | 0.25 | 0.00 | 7.83 |
| 37 | 13.25 | 0.25 | 2.50 | 16.00 | 7.75 | 0.25 | 0.00 | 8.00 |
| 38 | 13.58 | 0.25 | 2.50 | 16.33 | 7.92 | 0.25 | 0.00 | 8.17 |
| 39 | 13.92 | 0.25 | 2.50 | 16.67 | 8.08 | 0.25 | 0.00 | 8.33 |
| 40 | 14.25 | 0.25 | 2.50 | 17.00 | 8.25 | 0.25 | 0.00 | 8.50 |
| 41 | 14.58 | 0.25 | 2.50 | 17.33 | 8.42 | 0.25 | 0.00 | 8.67 |
| 42 | 14.92 | 0.25 | 2.50 | 17.67 | 8.58 | 0.25 | 0.00 | 8.83 |
| 43 | 15.25 | 0.25 | 2.50 | 18.00 | 8.75 | 0.25 | 0.00 | 9.00 |
| 44 | 15.58 | 0.25 | 2.50 | 18.33 | 8.92 | 0.25 | 0.00 | 9.17 |
| 45 | 15.92 | 0.25 | 2.50 | 18.67 | 9.08 | 0.25 | 0.00 | 9.33 |
| 46 | 16.25 | 0.25 | 2.50 | 19.00 | 9.25 | 0.25 | 0.00 | 9.50 |
| 47 | 16.58 | 0.25 | 2.50 | 19.33 | 9.42 | 0.25 | 0.00 | 9.67 |
| 48 | 16.92 | 0.25 | 2.50 | 19.67 | 9.58 | 0.25 | 0.00 | 9.83 |
| 49 | 17.25 | 0.25 | 2.50 | 20.00 | 9.75 | 0.25 | 0.00 | 10.00 |
| 50 | 17.58 | 0.25 | 2.50 | 20.33 | 9.92 | 0.25 | 0.00 | 10.17 |
| 51 | 17.92 | 0.25 | 2.50 | 20.67 | 10.08 | 0.25 | 0.00 | 10.33 |
| 52 | 18.25 | 0.25 | 2.50 | 21.00 | 10.25 | 0.25 | 0.00 | 10.50 |
| 53 | 18.58 | 0.25 | 2.50 | 21.33 | 10.42 | 0.25 | 0.00 | 10.67 |
| 54 | 18.92 | 0.25 | 2.50 | 21.67 | 10.58 | 0.25 | 0.00 | 10.83 |
| 55 | 19.25 | 0.25 | 2.50 | 22.00 | 10.75 | 0.25 | 0.00 | 11.00 |
| 56 | 19.58 | 0.25 | 2.50 | 22.33 | 10.92 | 0.25 | 0.00 | 11.17 |
| 57 | 19.92 | 0.25 | 2.50 | 22.67 | 11.08 | 0.25 | 0.00 | 11.33 |
| 58 | 20.25 | 0.25 | 2.50 | 23.00 | 11.25 | 0.25 | 0.00 | 11.50 |
| 59 | 20.58 | 0.25 | 2.50 | 23.33 | 11.42 | 0.25 | 0.00 | 11.67 |
| 60 | 20.92 | 0.25 | 2.50 | 23.67 | 11.58 | 0.25 | 0.00 | 11.83 |
| 61 | 21.25 | 0.25 | 2.50 | 24.00 | 11.75 | 0.25 | 0.00 | 12.00 |
| 62 | 21.58 | 0.25 | 2.50 | 24.33 | 11.92 | 0.25 | 0.00 | 12.17 |
| 63 | 21.92 | 0.25 | 2.50 | 24.67 | 12.08 | 0.25 | 0.00 | 12.33 |

| | | | | | | | | |
|-----------|-------|------|------|-------|-------|------|------|-------|
| 64 | 22.25 | 0.25 | 2.50 | 25.00 | 12.25 | 0.25 | 0.00 | 12.50 |
| 65 | 22.58 | 0.25 | 2.50 | 25.33 | 12.42 | 0.25 | 0.00 | 12.67 |
| 66 bis 70 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 | 0.00 |

² Freiwillige Sparbeiträge in Beitragsprozenten (Art. 6 Abs. 4 PVR)

| Alter | Sparbeitrag Standard | Sparbeitrag Variante Minus | Sparbeitrag Variante Plus |
|--------------|---------------------------------|---------------------------------------|--------------------------------------|
| 23 bis 70 | 0.00 | -2.00 | +2.00 |

Ziffer 4 Maximal möglicher Betrag des Sparguthabens (Art. 8 PVV)

Das maximal mögliche Sparguthaben wird in Prozenten des versicherten Lohns und unter Berücksichtigung des Alters der versicherten Mitarbeitenden festgelegt. Die Faktoren enthalten einen Zins von 2 Prozent:

| Alter | Sparbeitrag Standard | Sparbeitrag Variante Minus | Sparbeitrag Variante Plus |
|--------------|-----------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|
| 23 | 14 | 12 | 16 |
| 24 | 29 | 25 | 33 |
| 25 | 44 | 38 | 51 |
| 26 | 61 | 53 | 69 |
| 27 | 78 | 68 | 88 |
| 28 | 96 | 84 | 109 |
| 29 | 115 | 100 | 130 |
| 30 | 135 | 118 | 152 |
| 31 | 156 | 136 | 175 |
| 32 | 177 | 155 | 199 |
| 33 | 200 | 175 | 224 |
| 34 | 223 | 196 | 250 |
| 35 | 248 | 218 | 277 |
| 36 | 273 | 241 | 305 |
| 37 | 300 | 265 | 334 |
| 38 | 327 | 290 | 364 |
| 39 | 356 | 316 | 396 |
| 40 | 385 | 342 | 428 |
| 41 | 416 | 370 | 462 |
| 42 | 448 | 399 | 496 |
| 43 | 481 | 429 | 532 |
| 44 | 515 | 460 | 569 |
| 45 | 550 | 492 | 608 |
| 46 | 587 | 526 | 647 |
| 47 | 624 | 560 | 688 |
| 48 | 663 | 596 | 731 |
| 49 | 704 | 633 | 774 |
| 50 | 745 | 671 | 819 |
| 51 | 788 | 710 | 866 |
| 52 | 832 | 751 | 913 |
| 53 | 878 | 793 | 963 |
| 54 | 925 | 837 | 1 014 |
| 55 | 974 | 881 | 1 066 |
| 56 | 1 024 | 927 | 1 120 |
| 57 | 1 075 | 975 | 1 175 |
| 58 | 1 128 | 1 024 | 1 232 |
| 59 | 1 183 | 1 074 | 1 291 |
| 60 | 1 239 | 1 126 | 1 351 |
| 61 | 1 297 | 1 180 | 1 413 |
| 62 | 1 356 | 1 235 | 1 477 |
| 63 | 1 417 | 1 292 | 1 542 |
| 64 | 1 480 | 1 350 | 1 610 |
| 65 | 1 545 | 1 410 | 1 679 |

Ziffer 5 Vorfinanzierung der vorzeitigen Pensionierung gemäss den Sparvarianten
(Art. 25 PVV)

¹ Die maximal mögliche Einkaufssumme für die Vorfinanzierung der Kürzung der Altersleistungen bei vorzeitiger Pensionierung wird in Prozenten des versicherten Lohns und unter Berücksichtigung des Alters bei der vereinbarten vorzeitigen Pensionierung der versicherten Mitarbeitenden festgelegt.

Standardvorsorgeplan (Sparvariante Standard)

| Maximal mögliche Einkaufssumme zur Finanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts in Prozent des versicherten Lohns | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 |
| 23 | 180 | 141 | 105 | 69 | 36 |
| 24 | 185 | 145 | 108 | 71 | 37 |
| 25 | 190 | 149 | 111 | 73 | 38 |
| 26 | 195 | 153 | 114 | 75 | 39 |
| 27 | 200 | 157 | 117 | 77 | 40 |
| 28 | 205 | 161 | 120 | 79 | 41 |
| 29 | 211 | 165 | 123 | 81 | 42 |
| 30 | 217 | 170 | 126 | 83 | 43 |
| 31 | 223 | 175 | 129 | 85 | 44 |
| 32 | 229 | 180 | 133 | 87 | 45 |
| 33 | 235 | 185 | 137 | 89 | 46 |
| 34 | 241 | 190 | 141 | 91 | 47 |
| 35 | 248 | 195 | 145 | 94 | 48 |
| 36 | 255 | 200 | 149 | 97 | 49 |
| 37 | 262 | 206 | 153 | 100 | 50 |
| 38 | 269 | 212 | 157 | 103 | 51 |
| 39 | 276 | 218 | 161 | 106 | 52 |
| 40 | 284 | 224 | 165 | 109 | 53 |
| 41 | 292 | 230 | 170 | 112 | 54 |
| 42 | 300 | 236 | 175 | 115 | 55 |
| 43 | 308 | 242 | 180 | 118 | 57 |
| 44 | 316 | 249 | 185 | 121 | 59 |
| 45 | 325 | 256 | 190 | 124 | 61 |
| 46 | 334 | 263 | 195 | 127 | 63 |
| 47 | 343 | 270 | 200 | 131 | 65 |
| 48 | 352 | 277 | 205 | 135 | 67 |
| 49 | 362 | 285 | 211 | 139 | 69 |
| 50 | 372 | 293 | 217 | 143 | 71 |
| 51 | 382 | 301 | 223 | 147 | 73 |
| 52 | 393 | 309 | 229 | 151 | 75 |
| 53 | 404 | 318 | 235 | 155 | 77 |
| 54 | 415 | 327 | 241 | 159 | 79 |
| 55 | 426 | 336 | 248 | 163 | 81 |
| 56 | 438 | 345 | 255 | 167 | 83 |
| 57 | 450 | 354 | 262 | 172 | 85 |
| 58 | 462 | 364 | 269 | 177 | 87 |
| 59 | | 374 | 276 | 182 | 89 |
| 60 | | | 284 | 187 | 91 |
| 61 | | | | 192 | 94 |
| 62 | | | | | 97 |

Sparvariante Minus

| Maximal mögliche Einkaufssumme zur Finanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts in Prozent des versicherten Lohns | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 |
| 23 | 165 | 129 | 96 | 63 | 33 |
| 24 | 170 | 133 | 99 | 65 | 34 |
| 25 | 175 | 137 | 102 | 67 | 35 |
| 26 | 180 | 141 | 105 | 69 | 36 |
| 27 | 185 | 145 | 108 | 71 | 37 |
| 28 | 190 | 149 | 111 | 73 | 38 |
| 29 | 195 | 153 | 114 | 75 | 39 |
| 30 | 200 | 157 | 117 | 77 | 40 |
| 31 | 205 | 161 | 120 | 79 | 41 |
| 32 | 211 | 165 | 123 | 81 | 42 |
| 33 | 217 | 170 | 126 | 83 | 43 |
| 34 | 223 | 175 | 129 | 85 | 44 |
| 35 | 229 | 180 | 133 | 87 | 45 |
| 36 | 235 | 185 | 137 | 89 | 46 |
| 37 | 241 | 190 | 141 | 91 | 47 |
| 38 | 248 | 195 | 145 | 94 | 48 |
| 39 | 255 | 200 | 149 | 97 | 49 |
| 40 | 262 | 206 | 153 | 100 | 50 |
| 41 | 269 | 212 | 157 | 103 | 51 |
| 42 | 276 | 218 | 161 | 106 | 52 |
| 43 | 284 | 224 | 165 | 109 | 53 |
| 44 | 292 | 230 | 170 | 112 | 54 |
| 45 | 300 | 236 | 175 | 115 | 55 |
| 46 | 308 | 242 | 180 | 118 | 57 |
| 47 | 316 | 249 | 185 | 121 | 59 |
| 48 | 325 | 256 | 190 | 124 | 61 |
| 49 | 334 | 263 | 195 | 127 | 63 |
| 50 | 343 | 270 | 200 | 131 | 65 |
| 51 | 352 | 277 | 205 | 135 | 67 |
| 52 | 362 | 285 | 211 | 139 | 69 |
| 53 | 372 | 293 | 217 | 143 | 71 |
| 54 | 382 | 301 | 223 | 147 | 73 |
| 55 | 393 | 309 | 229 | 151 | 75 |
| 56 | 404 | 318 | 235 | 155 | 77 |
| 57 | 415 | 327 | 241 | 159 | 79 |
| 58 | 426 | 336 | 248 | 163 | 81 |
| 59 | | 345 | 255 | 167 | 83 |
| 60 | | | 262 | 172 | 85 |
| 61 | | | | 177 | 87 |
| 62 | | | | | 89 |

Sparvariante Plus

| Maximal mögliche Einkaufssumme zur Finanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts in Prozent des versicherten Lohns | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 |
| 23 | 194 | 153 | 113 | 75 | 39 |
| 24 | 199 | 157 | 116 | 77 | 40 |
| 25 | 204 | 161 | 119 | 79 | 41 |
| 26 | 210 | 165 | 122 | 81 | 42 |
| 27 | 216 | 170 | 125 | 83 | 43 |
| 28 | 222 | 175 | 128 | 85 | 44 |
| 29 | 228 | 180 | 132 | 87 | 45 |
| 30 | 234 | 185 | 136 | 89 | 46 |
| 31 | 240 | 190 | 140 | 91 | 47 |
| 32 | 247 | 195 | 144 | 94 | 48 |
| 33 | 254 | 200 | 148 | 97 | 49 |
| 34 | 261 | 205 | 152 | 100 | 50 |
| 35 | 268 | 211 | 156 | 103 | 51 |
| 36 | 275 | 217 | 160 | 106 | 52 |
| 37 | 283 | 223 | 164 | 109 | 53 |
| 38 | 291 | 229 | 169 | 112 | 54 |
| 39 | 299 | 235 | 174 | 115 | 55 |
| 40 | 307 | 241 | 179 | 118 | 57 |
| 41 | 315 | 248 | 184 | 121 | 59 |
| 42 | 324 | 255 | 189 | 124 | 61 |
| 43 | 333 | 262 | 194 | 127 | 63 |
| 44 | 342 | 269 | 199 | 130 | 65 |
| 45 | 351 | 276 | 204 | 134 | 67 |
| 46 | 361 | 284 | 210 | 138 | 69 |
| 47 | 371 | 292 | 216 | 142 | 71 |
| 48 | 381 | 300 | 222 | 146 | 73 |
| 49 | 391 | 308 | 228 | 150 | 75 |
| 50 | 402 | 316 | 234 | 154 | 77 |
| 51 | 413 | 325 | 240 | 158 | 79 |
| 52 | 424 | 334 | 247 | 162 | 81 |
| 53 | 436 | 343 | 254 | 166 | 83 |
| 54 | 448 | 352 | 261 | 171 | 85 |
| 55 | 460 | 362 | 268 | 176 | 87 |
| 56 | 473 | 372 | 275 | 181 | 89 |
| 57 | 486 | 382 | 283 | 186 | 91 |
| 58 | 499 | 393 | 291 | 191 | 93 |
| 59 | | 404 | 299 | 196 | 96 |
| 60 | | | 307 | 201 | 99 |
| 61 | | | | 207 | 102 |
| 62 | | | | | 105 |

² Das Alter der versicherten Mitarbeitenden entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr. Zwischenwerte werden durch lineare Interpolation ermittelt.

Anhang 3 Vorsorgeplan A1/65¹

Für das Personal der Gemeinde Ostermundigen als angeschlossene Organisation gilt gestützt auf Artikel 6 Absatz 3 PVR und gemäss Anschlussvertrag der Vorsorgeplan A1/65. Dieser weist gegenüber dem reglementarischen Vorsorgeplan folgende Besonderheiten auf:

1. Allgemeines

1.1. Freiwillige Aufnahme in die Versicherung

Die PVK versichert Personen auf ihr Gesuch hin, sofern die Eintrittsschwelle von Fr. 21 330.00 (im Jahr 2019) nicht erreicht wird, jedoch der Beschäftigungsgrad mindestens 20 Prozent einer Vollbeschäftigung entspricht und der massgebende Lohn zwei Drittel der maximalen AHV-Rente erreicht (Fr. 18 960.00 im Jahr 2019)².

1.2. Beginn der Versicherung

Bis zum 31. Dezember nach Vollendung des 24. Altersjahrs sind die versicherten Mitarbeitenden gegen die Risiken Invalidität und Tod versichert. Ab 1. Januar des Folgejahres sind auch die Altersleistungen versichert.

2. Beiträge

2.1. Beiträge der versicherten Mitarbeitenden

Die Spar- und Risikobeiträge der versicherten Mitarbeitenden im Standardvorsorgeplan bemessen sich unter Vorbehalt des nachstehenden Absatzes nach Ziffer 8 dieses Anhangs.

Die Spar- und Risikobeiträge der versicherten Mitarbeitenden im Standardvorsorgeplan ab Alter 50 bemessen sich vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2022 nach Ziffer 9 dieses Anhangs.

2.2. Beiträge der angeschlossenen Organisation

Die Spar- und Risikobeiträge der angeschlossenen Organisation im Standardvorsorgeplan bemessen sich unter Vorbehalt des nachstehenden Absatzes nach Ziffer 8 dieses Anhangs.

Die Spar- und Risikobeiträge der angeschlossenen Organisation für die versicherten Mitarbeitenden im Standardvorsorgeplan ab Alter 50 bemessen sich vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2022 nach Ziffer 9 dieses Anhangs.

2.3. Individuelle Übergangseinlage

Die angeschlossene Organisation leistet eine individuelle Übergangseinlage zur Abfederung der Leistungseinbussen für versicherte Mitarbeitende, die am 31. Dezember 2016 bei der bisherigen Vorsorgeeinrichtung im Leistungsprimatplan versichert waren und am 1. Januar 2017 bei der gleichen Vorsorgeeinrichtung in den Beitragsprimatplan gewechselt haben.

Die angeschlossene Organisation regelt die Anspruchsberechtigung auf die Übergangseinlage und bestimmt die Höhe sowie den Zeitpunkt der Gutschrift zugunsten des Alterssparguthabens der versicherten Mitarbeitenden.

¹ eingefügt gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Dezember 2017

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

3. Leistungen

3.1. AHV¹-Überbrückungsrente (vorfinanziert)

Es besteht kein Anspruch auf eine AHV-Überbrückungsrente.

3.2. Ergänzende AHV-Überbrückungsrente

Versicherte Mitarbeitende, die das 58. Altersjahr vollendet haben und eine Altersrente der PVK, nicht aber eine entsprechende AHV- oder IV-Rente beziehen, können eine ergänzende Überbrückungsrente verlangen.

Die ergänzende AHV-Überbrückungsrente kann auf dem Konto AHV-Überbrückungsrente gemäss der Tabelle nach Ziffer 5 dieses Anhangs vorfinanziert oder durch Kürzung der Altersrente und der übrigen versicherten Leistungen gemäss der gleichen Tabelle nachfinanziert werden. Bei der Nachfinanzierung der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente erfolgt die Kürzung ab Beginn des Anspruchs auf eine AHV-Altersrente und dauert lebenslänglich.

3.3. Invalidenrente

Bei einer Pensionierung vor vollendetem 65. Altersjahr kann der Anspruch auf Invalidenrente nur entstehen, wenn die Arbeitsunfähigkeit, die zur Invalidität geführt hat, vor der Pensionierung eingetreten ist.²

Nach vollendetem 65. Altersjahr werden die Invalidenleistungen durch Altersleistungen ersetzt. Dabei wird das bei Beginn der Invalidenleistungen vorhandene Sparguthaben um die projizierten Spargutschriften erhöht und mit dem Umwandlungssatz im Alter 65 multipliziert. Das projizierte Sparguthaben errechnet sich aus allen Spargutschriften aufgrund des letzten beitragspflichtigen Lohns bis zum Alter 65 gemäss Vorsorgeplan A1/65 (Sparvariante Standard) samt Verzinsung gemäss Anhang 1 Ziffer 2 dieser Verordnung. Die Altersleistungen können nicht mehr in Kapitalform bezogen werden. Vorbehalten bleiben die Artikel 48 und 49 dieser Verordnung.

Das Sparguthaben des von der Invalidität betroffenen Teils der Versicherung wird für die spätere Berechnung der Altersleistungen ab Beginn der Rentenberechtigung gemäss Artikel 28 Absatz 2 dieser Verordnung bis zur Vollendung des 65. Altersjahrs weitergeführt.³ Bei im Stundenlohn versicherten Mitarbeitenden ist der durchschnittliche versicherte Lohn während des letzten vollen Kalenderjahres vor Eintritt des Vorsorgefalls massgebend.

3.3a. Höhe der Invalidenrente⁴

Die volle Invalidenrente beträgt 60 Prozent des versicherten Lohns.

3.4. Kinderrente

Die Höhe der jährlichen Kinderrente entspricht 20 Prozent der Invaliden- oder Altersrente der Rentenbeziehenden. Vorbehalten bleibt Artikel 46 Absatz 5 dieser Verordnung.

¹ Alters- und Hinterlassenenversicherung

² geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 28. Juni 2018

³ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 28. Juni 2018

⁴ eingefügt gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 27. Juni 2019

3.5. Ehegattenrente

Die Ehegattenrente beträgt:

- a. 40 Prozent des versicherten Lohnes beim Tod von versicherten Mitarbeitenden;
- b. 60 Prozent der zuletzt bezogenen Invaliden- oder Altersrente beim Tod von Rentenbeziehenden.

3.6. Waisenrente

Die Waisenrente beträgt:

- a. 20 Prozent der versicherten Invalidenrente beim Tod von versicherten Mitarbeitenden;
- b. 20 Prozent der zuletzt bezogenen Invaliden- oder Altersrente beim Tod von Rentenbeziehenden.

4. Besonderes

4.1. Anspruch auf Rückzahlung der persönlichen Einkäufe im Todesfall

Besteht nach dem Tod von versicherten Mitarbeitenden ein Anspruch auf eine Ehegattenrente nach Artikel 39 oder ein Anspruch auf eine Lebenspartnerrente nach Artikel 37, nicht aber auf das Todesfallkapital, werden die eingebrachten persönlichen Einkäufe zur Ehegatten- bzw. Partnerrente ausbezahlt.

Von den persönlichen Einkäufen werden Vorbezüge für Wohneigentum und Leistungen bei Vor-sorgeausgleich im Scheidungsfall abgezogen.

Der Nachweis über die eingebrachten persönlichen Einkäufe der verstorbenen Mitarbeitenden ist durch die anspruchsberechtigte Person zu erbringen.

4.2. Weiterversicherung bei Herabsetzung des Lohns

Eine Weiterversicherung des versicherten Lohns ist längstens bis zum Erreichen des 65. Altersjahrs möglich.

5. Vor- oder Nachfinanzierung der Überbrückungsrente (vgl. Ziff. 3.2.)

5.1. Konto Vorfinanzierung der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente

Das maximal mögliche Guthaben für die Vorfinanzierung der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente bestimmt sich gemäss nachfolgender Tabelle. Die in der Tabelle angegebenen Werte beziehen sich auf Fr. 1 000.00 AHV-Überbrückungsrente. Die maximale AHV-Überbrückungsrente darf die maximale AHV-Altersrente nicht übersteigen:¹

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 27. Juni 2019

| Maximal mögliches Guthaben für die Vorfinanzierung der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente | | | | | | | |
|---|---|-------|-------|-------|-------|-------|-----|
| Alter | Tarifansätze für eine AHV-Überbrückungsrente von 1'000 Franken pro Jahr | | | | | | |
| Mann | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 |
| Frau | | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 |
| 25 | 2 541 | 2 153 | 1 777 | 1 404 | 1 044 | 688 | 340 |
| 26 | 2 611 | 2 212 | 1 826 | 1 443 | 1 073 | 707 | 349 |
| 27 | 2 683 | 2 273 | 1 876 | 1 483 | 1 102 | 726 | 359 |
| 28 | 2 757 | 2 335 | 1 928 | 1 524 | 1 132 | 746 | 369 |
| 29 | 2 833 | 2 399 | 1 981 | 1 566 | 1 163 | 767 | 379 |
| 30 | 2 911 | 2 465 | 2 035 | 1 609 | 1 195 | 788 | 389 |
| 31 | 2 991 | 2 533 | 2 091 | 1 653 | 1 228 | 810 | 400 |
| 32 | 3 073 | 2 603 | 2 148 | 1 698 | 1 262 | 832 | 411 |
| 33 | 3 157 | 2 675 | 2 207 | 1 745 | 1 297 | 855 | 422 |
| 34 | 3 244 | 2 749 | 2 268 | 1 793 | 1 333 | 879 | 434 |
| 35 | 3 333 | 2 825 | 2 330 | 1 842 | 1 370 | 903 | 446 |
| 36 | 3 425 | 2 903 | 2 394 | 1 893 | 1 408 | 928 | 458 |
| 37 | 3 519 | 2 983 | 2 460 | 1 945 | 1 447 | 954 | 471 |
| 38 | 3 616 | 3 065 | 2 528 | 1 999 | 1 487 | 980 | 484 |
| 39 | 3 715 | 3 149 | 2 598 | 2 054 | 1 528 | 1 007 | 497 |
| 40 | 3 817 | 3 236 | 2 669 | 2 110 | 1 570 | 1 035 | 511 |
| 41 | 3 922 | 3 325 | 2 742 | 2 168 | 1 613 | 1 063 | 525 |
| 42 | 4 030 | 3 416 | 2 817 | 2 228 | 1 657 | 1 092 | 539 |
| 43 | 4 141 | 3 510 | 2 894 | 2 289 | 1 703 | 1 122 | 554 |
| 44 | 4 255 | 3 607 | 2 974 | 2 352 | 1 750 | 1 153 | 569 |
| 45 | 4 372 | 3 706 | 3 056 | 2 417 | 1 798 | 1 185 | 585 |
| 46 | 4 492 | 3 808 | 3 140 | 2 483 | 1 847 | 1 218 | 601 |
| 47 | 4 616 | 3 913 | 3 226 | 2 551 | 1 898 | 1 252 | 618 |
| 48 | 4 743 | 4 021 | 3 315 | 2 621 | 1 950 | 1 286 | 635 |
| 49 | 4 873 | 4 132 | 3 406 | 2 693 | 2 004 | 1 321 | 652 |
| 50 | 5 007 | 4 246 | 3 500 | 2 767 | 2 059 | 1 357 | 670 |
| 51 | 5 145 | 4 363 | 3 596 | 2 843 | 2 116 | 1 394 | 688 |
| 52 | 5 287 | 4 483 | 3 695 | 2 921 | 2 174 | 1 432 | 707 |
| 53 | 5 432 | 4 606 | 3 797 | 3 001 | 2 234 | 1 471 | 726 |
| 54 | 5 581 | 4 733 | 3 901 | 3 084 | 2 295 | 1 511 | 746 |
| 55 | 5 734 | 4 863 | 4 008 | 3 169 | 2 358 | 1 553 | 767 |
| 56 | 5 892 | 4 997 | 4 118 | 3 256 | 2 423 | 1 596 | 788 |
| 57 | 6 054 | 5 134 | 4 231 | 3 346 | 2 490 | 1 640 | 810 |
| 58 | 6 220 | 5 275 | 4 347 | 3 438 | 2 558 | 1 685 | 832 |
| 59 | | 5 420 | 4 467 | 3 533 | 2 628 | 1 731 | 855 |
| 60 | | | 4 590 | 3 630 | 2 700 | 1 779 | 879 |
| 61 | | | | 3 730 | 2 774 | 1 828 | 903 |
| 62 | | | | | 2 850 | 1 878 | 928 |
| 63 | | | | | | 1 930 | 954 |
| 64 | | | | | | | 980 |

5.2. Kürzung der Altersrente bei Bezug der ergänzenden AHV-Überbrückungsrente (Art. 27 PVV)

Kürzung der monatlichen Altersrente ab Beginn des Anspruchs auf eine AHV-Rente
in Prozent der Summe der bezogenen Überbrückungsrenten 0.50 Prozent

6. Ordentliches Rentenalter (Art. 9 PVR)

Als ordentliches Rentenalter im Standardvorsorgeplan gilt das Alter 65.

7. Total der Spargutschriften in Prozenten des versicherten Lohns (Art. 6 und 15 PVR)

| Alter | Spargutschrift Standard | Spargutschrift Variante Minus | Spargutschrift Variante Plus |
|-----------|-------------------------|-------------------------------|------------------------------|
| 18 bis 24 | 0.0 | 0.0 | 0.0 |
| 25 bis 34 | 15.0 | 13.0 | 17.0 |
| 35 bis 44 | 20.0 | 18.0 | 22.0 |
| 45 bis 54 | 25.0 | 23.0 | 27.0 |
| 55 bis 65 | 30.0 | 28.0 | 32.0 |

8. Beiträge (vgl. Ziff. 2.1. und 2.2.)

Spar- und Risikobeiträge in Prozenten des versicherten Lohns (Art. 15 und 17 PVR)

| BVG-Alter | AG-Sparbeitrag | AG-Risikobeitrag | AG gesamt | AN-Sparbeitrag | AN-Risikobeitrag | AN gesamt |
|-----------|----------------|------------------|-----------|----------------|------------------|-----------|
| 18 bis 24 | 0.00 | 1.99 | 1.99 | 0.00 | 1.33 | 1.33 |
| 25 bis 34 | 9.00 | 1.99 | 10.99 | 6.00 | 1.33 | 7.33 |
| 35 bis 44 | 12.00 | 1.99 | 13.99 | 8.00 | 1.33 | 9.33 |
| 45 bis 54 | 15.00 | 1.99 | 16.99 | 10.00 | 1.33 | 11.33 |
| 55 bis 65 | 18.00 | 1.99 | 19.99 | 12.00 | 1.33 | 13.99 |

Freiwillige Sparbeiträge in Beitragsprozenten (Art. 6 Abs. 4 PVR)

| Alter | Sparbeitrag Standard | Sparbeitrag Variante Minus | Sparbeitrag Variante Plus |
|-----------|----------------------|----------------------------|---------------------------|
| 25 bis 65 | 0.00 | -2.00 | +2.00 |

Die Sparplanvariante Plus ist für die versicherten Mitarbeitenden nur möglich, wenn die Gesamtbeiträge der angeschlossenen Organisation mindestens gleich hoch sind, wie die Gesamtsumme aller Beiträge der versicherten Mitarbeitenden.

9. Beiträge für versicherte Mitarbeitende ab Jahrgang 1968 und älter vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2022 gemäss Artikel 17 PVR (vgl. Ziff. 2.1. und 2.2.)¹

Spar- und Risikobeiträge in Prozenten des versicherten Lohns (Art. 15 und 17 PVR)

| Jahrgang | AG-Sparbeitrag | Risikobeitrag AG | AG gesamt | AN-Sparbeitrag | Risikobeitrag AN | AN gesamt |
|---------------|----------------|------------------|-----------|----------------|------------------|-----------|
| 1968 bis 1964 | 12.50 | 1.66 | 14.16 | 12.50 | 1.66 | 14.16 |
| 1963 bis 1948 | 15.00 | 1.66 | 16.66 | 15.00 | 1.66 | 16.66 |

¹ geändert gemäss Verwaltungskommissionsbeschluss vom 22. Oktober 2018

10. Maximal möglicher Betrag des Sparguthabens (Art. 8 PVV)

Das maximal mögliche Sparguthaben wird in Prozenten des versicherten Lohns und unter Berücksichtigung des Alters der versicherten Mitarbeitenden festgelegt:

| Alter | Sparbeitrag Standard | Sparbeitrag Variante Minus | Sparbeitrag Variante Plus |
|--------------|-----------------------------|-----------------------------------|----------------------------------|
| 25 | 15 | 13 | 17 |
| 26 | 30 | 26 | 34 |
| 27 | 46 | 40 | 52 |
| 28 | 62 | 54 | 70 |
| 29 | 78 | 68 | 88 |
| 30 | 95 | 82 | 107 |
| 31 | 112 | 97 | 126 |
| 32 | 129 | 112 | 146 |
| 33 | 146 | 127 | 166 |
| 34 | 164 | 142 | 186 |
| 35 | 188 | 163 | 212 |
| 36 | 211 | 184 | 238 |
| 37 | 236 | 206 | 265 |
| 38 | 260 | 228 | 292 |
| 39 | 285 | 251 | 320 |
| 40 | 311 | 374 | 348 |
| 41 | 337 | 297 | 377 |
| 42 | 364 | 321 | 407 |
| 43 | 391 | 346 | 437 |
| 44 | 419 | 371 | 468 |
| 45 | 453 | 401 | 504 |
| 46 | 487 | 432 | 541 |
| 47 | 521 | 464 | 579 |
| 48 | 557 | 496 | 617 |
| 49 | 593 | 529 | 657 |
| 50 | 630 | 562 | 697 |
| 51 | 667 | 597 | 738 |
| 52 | 706 | 631 | 780 |
| 53 | 745 | 667 | 822 |
| 54 | 785 | 703 | 866 |
| 55 | 830 | 745 | 915 |
| 56 | 877 | 788 | 965 |
| 57 | 924 | 832 | 1 016 |
| 58 | 973 | 877 | 1 069 |
| 59 | 1 022 | 922 | 1 122 |
| 60 | 1 073 | 969 | 1 177 |
| 61 | 1 124 | 1 016 | 1 232 |
| 62 | 1 177 | 1 064 | 1 289 |
| 63 | 1 230 | 1 114 | 1 346 |
| 64 | 1 285 | 1 164 | 1 405 |
| 65 | 1 341 | 1 215 | 1 465 |

11. Vorfinanzierung der vorzeitigen Pensionierung gemäss den Sparvarianten (Art. 25 PVV)

Die maximal mögliche Einkaufssumme für die Vorfinanzierung der Kürzung der Altersleistungen bei vorzeitiger Pensionierung wird in Prozenten des versicherten Lohns und unter Berücksichtigung des Alters bei der vereinbarten vorzeitigen Pensionierung der versicherten Mitarbeitenden festgelegt.

Standardvorsorgeplan (Sparvariante Standard)

| Maximal mögliche Einkaufssumme zur Finanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts in Prozent des versicherten Lohns | | | | | | | |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 |
| 25 | 250 | 212 | 173 | 136 | 100 | 66 | 35 |
| 26 | 257 | 218 | 178 | 140 | 103 | 68 | 36 |
| 27 | 264 | 224 | 183 | 144 | 106 | 70 | 37 |
| 28 | 271 | 230 | 188 | 148 | 109 | 72 | 38 |
| 29 | 278 | 236 | 193 | 152 | 112 | 74 | 39 |
| 30 | 286 | 242 | 198 | 156 | 115 | 76 | 40 |
| 31 | 294 | 249 | 203 | 160 | 118 | 78 | 41 |
| 32 | 302 | 256 | 209 | 164 | 121 | 80 | 42 |
| 33 | 310 | 263 | 215 | 169 | 124 | 82 | 43 |
| 34 | 319 | 270 | 221 | 174 | 127 | 84 | 44 |
| 35 | 328 | 277 | 227 | 179 | 131 | 86 | 45 |
| 36 | 337 | 285 | 233 | 184 | 135 | 88 | 46 |
| 37 | 346 | 293 | 239 | 189 | 139 | 90 | 47 |
| 38 | 356 | 301 | 246 | 194 | 143 | 92 | 48 |
| 39 | 366 | 309 | 253 | 199 | 147 | 95 | 49 |
| 40 | 376 | 318 | 260 | 204 | 151 | 98 | 50 |
| 41 | 386 | 327 | 267 | 210 | 155 | 101 | 51 |
| 42 | 397 | 336 | 274 | 216 | 159 | 104 | 52 |
| 43 | 408 | 345 | 282 | 222 | 163 | 107 | 53 |
| 44 | 419 | 355 | 290 | 228 | 167 | 110 | 54 |
| 45 | 431 | 365 | 298 | 234 | 172 | 113 | 55 |
| 46 | 443 | 375 | 306 | 240 | 177 | 116 | 57 |
| 47 | 455 | 385 | 314 | 247 | 182 | 119 | 59 |
| 48 | 468 | 396 | 323 | 254 | 187 | 122 | 61 |
| 49 | 481 | 407 | 332 | 261 | 192 | 125 | 63 |
| 50 | 494 | 418 | 341 | 268 | 197 | 128 | 65 |
| 51 | 508 | 429 | 350 | 275 | 202 | 132 | 67 |
| 52 | 522 | 441 | 360 | 283 | 208 | 136 | 69 |
| 53 | 536 | 453 | 370 | 291 | 214 | 140 | 71 |
| 54 | 551 | 465 | 380 | 299 | 220 | 144 | 73 |
| 55 | 566 | 478 | 390 | 307 | 226 | 148 | 75 |
| 56 | 582 | 491 | 401 | 315 | 232 | 152 | 77 |
| 57 | 598 | 504 | 412 | 324 | 238 | 156 | 79 |
| 58 | 614 | 518 | 423 | 333 | 245 | 160 | 81 |
| 59 | | 532 | 435 | 342 | 252 | 164 | 83 |
| 60 | | | 447 | 351 | 259 | 169 | 85 |
| 61 | | | | 361 | 266 | 174 | 87 |
| 62 | | | | | 273 | 179 | 89 |
| 63 | | | | | | 184 | 91 |
| 64 | | | | | | | 93 |

Sparvariante Minus

| Maximal mögliche Einkaufssumme zur Finanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts in Prozent des versicherten Lohnes | | | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 |
| 25 | 230 | 194 | 158 | 124 | 91 | 60 | 31 |
| 26 | 236 | 199 | 162 | 127 | 93 | 62 | 32 |
| 27 | 242 | 204 | 166 | 131 | 96 | 64 | 33 |
| 28 | 249 | 210 | 171 | 135 | 99 | 66 | 34 |
| 29 | 256 | 216 | 176 | 139 | 102 | 68 | 35 |
| 30 | 263 | 222 | 181 | 143 | 105 | 70 | 36 |
| 31 | 270 | 228 | 186 | 147 | 108 | 72 | 37 |
| 32 | 277 | 234 | 191 | 151 | 111 | 74 | 38 |
| 33 | 285 | 240 | 196 | 155 | 114 | 76 | 39 |
| 34 | 293 | 247 | 201 | 159 | 117 | 78 | 40 |
| 35 | 301 | 254 | 207 | 163 | 120 | 80 | 41 |
| 36 | 309 | 261 | 213 | 167 | 123 | 82 | 42 |
| 37 | 318 | 268 | 219 | 172 | 126 | 84 | 43 |
| 38 | 327 | 275 | 225 | 177 | 129 | 86 | 44 |
| 39 | 336 | 283 | 231 | 182 | 133 | 88 | 45 |
| 40 | 345 | 291 | 237 | 187 | 137 | 90 | 46 |
| 41 | 355 | 299 | 244 | 192 | 141 | 92 | 47 |
| 42 | 365 | 307 | 251 | 197 | 145 | 95 | 48 |
| 43 | 375 | 315 | 258 | 202 | 149 | 98 | 49 |
| 44 | 385 | 324 | 265 | 208 | 153 | 101 | 50 |
| 45 | 396 | 333 | 272 | 214 | 157 | 104 | 51 |
| 46 | 407 | 342 | 279 | 220 | 161 | 107 | 52 |
| 47 | 418 | 351 | 287 | 226 | 165 | 110 | 53 |
| 48 | 429 | 361 | 295 | 232 | 170 | 113 | 54 |
| 49 | 441 | 371 | 303 | 238 | 175 | 116 | 55 |
| 50 | 453 | 381 | 311 | 245 | 180 | 119 | 57 |
| 51 | 465 | 391 | 320 | 252 | 185 | 122 | 59 |
| 52 | 478 | 402 | 329 | 259 | 190 | 125 | 61 |
| 53 | 491 | 413 | 338 | 266 | 195 | 128 | 63 |
| 54 | 504 | 424 | 347 | 273 | 200 | 132 | 65 |
| 55 | 518 | 436 | 357 | 280 | 206 | 136 | 67 |
| 56 | 532 | 448 | 367 | 288 | 212 | 140 | 69 |
| 57 | 547 | 460 | 377 | 296 | 218 | 144 | 71 |
| 58 | 562 | 473 | 387 | 304 | 224 | 148 | 73 |
| 59 | | 486 | 398 | 312 | 230 | 152 | 75 |
| 60 | | | 409 | 321 | 236 | 156 | 77 |
| 61 | | | | 330 | 243 | 160 | 79 |
| 62 | | | | | 250 | 164 | 81 |
| 63 | | | | | | 168 | 83 |
| 64 | | | | | | | 85 |

Sparvariante Plus

| Maximal mögliche Einkaufssumme zur Finanzierung des vorzeitigen Altersrücktritts in Prozent des versicherten Lohnes | | | | | | | |
|--|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Alter | 58 | 59 | 60 | 61 | 62 | 63 | 64 |
| 25 | 271 | 230 | 188 | 149 | 109 | 73 | 38 |
| 26 | 278 | 236 | 193 | 153 | 112 | 75 | 39 |
| 27 | 286 | 242 | 198 | 157 | 115 | 77 | 40 |
| 28 | 294 | 249 | 203 | 161 | 118 | 79 | 41 |
| 29 | 302 | 256 | 209 | 165 | 121 | 81 | 42 |
| 30 | 310 | 263 | 215 | 170 | 124 | 83 | 43 |
| 31 | 319 | 270 | 221 | 175 | 127 | 85 | 44 |
| 32 | 328 | 277 | 227 | 180 | 131 | 87 | 45 |
| 33 | 337 | 285 | 233 | 185 | 135 | 89 | 46 |
| 34 | 346 | 293 | 239 | 190 | 139 | 91 | 47 |
| 35 | 356 | 301 | 246 | 195 | 143 | 93 | 48 |
| 36 | 366 | 309 | 253 | 200 | 147 | 96 | 49 |
| 37 | 376 | 318 | 260 | 205 | 151 | 99 | 50 |
| 38 | 386 | 327 | 267 | 211 | 155 | 102 | 51 |
| 39 | 397 | 336 | 274 | 217 | 159 | 105 | 52 |
| 40 | 408 | 345 | 282 | 223 | 163 | 108 | 53 |
| 41 | 419 | 355 | 290 | 229 | 167 | 111 | 54 |
| 42 | 431 | 365 | 298 | 235 | 172 | 114 | 55 |
| 43 | 443 | 375 | 306 | 241 | 177 | 117 | 56 |
| 44 | 455 | 385 | 314 | 248 | 182 | 120 | 58 |
| 45 | 468 | 396 | 323 | 255 | 187 | 123 | 60 |
| 46 | 481 | 407 | 332 | 262 | 192 | 126 | 62 |
| 47 | 494 | 418 | 341 | 269 | 197 | 129 | 64 |
| 48 | 508 | 429 | 350 | 276 | 202 | 133 | 66 |
| 49 | 522 | 441 | 360 | 284 | 208 | 137 | 68 |
| 50 | 536 | 453 | 370 | 292 | 214 | 141 | 70 |
| 51 | 551 | 465 | 380 | 300 | 220 | 145 | 72 |
| 52 | 566 | 478 | 390 | 308 | 226 | 149 | 74 |
| 53 | 582 | 491 | 401 | 316 | 232 | 153 | 76 |
| 54 | 598 | 504 | 412 | 325 | 238 | 157 | 78 |
| 55 | 614 | 518 | 423 | 334 | 245 | 161 | 80 |
| 56 | 631 | 532 | 435 | 343 | 252 | 165 | 82 |
| 57 | 648 | 547 | 447 | 352 | 259 | 170 | 84 |
| 58 | 666 | 562 | 459 | 362 | 266 | 175 | 86 |
| 59 | | 577 | 472 | 372 | 273 | 180 | 88 |
| 60 | | | 485 | 382 | 281 | 185 | 90 |
| 61 | | | | 392 | 289 | 190 | 92 |
| 62 | | | | | 297 | 195 | 95 |
| 63 | | | | | | 200 | 98 |
| 64 | | | | | | | 101 |

Das Alter der versicherten Mitarbeitenden entspricht der Differenz zwischen dem laufenden Kalenderjahr und dem Geburtsjahr. Zwischenwerte werden durch lineare Interpolation ermittelt.